

politik und kultur

Jahresbericht des Deutschen Kulturrates e.V. über seine Tätigkeit im Jahr 2006

Arbeitsschwerpunkte des Deutschen Kulturrates waren im Jahr 2006

- die Begleitung von Gesetzgebungsvorhaben durch Stellungnahmen und Parlamentarische Abende,
- der kulturpolitische Diskurs in den Gremien und durch Beiträge in *politik und kultur*, der Zeitung des Deutschen Kulturrates,
- die Beratung der Bundesregierung, des Parlamentes sowie des Bundespräsidenten,
- die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Bereitstellung von kulturpolitischen Informationen,
- die Durchführung von Veranstaltungen.

In der Arbeit des Deutschen Kulturrates greifen die verschiedenen Gremien des Deutschen Kulturrates sowie die Geschäftsstelle wie Zahnräder ineinander. Alle Stellungnahmen, Resolutionen und Positionspapiere werden von den fachlichen Gremien, den Fachausschüssen vorbereitet und im Sprecherrat, dem höchsten politischen Organ, diskutiert und abgestimmt. Der Vorstand sieht sich in der Funktion Diskussionen anzustoßen und ist an die Beschlüsse des Deutschen Kulturrates gebunden. Der Geschäftsführer setzt die Beschlüsse des Deutschen Kulturrates um, vertritt diese gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Die acht Mitglieder (Deutscher Musikrat, Rat für darstellende Kunst und Tanz, Deutsche Literaturkonferenz, Kunstrat, Rat für Baukultur, Sektion Design, Sektion Film und Medien sowie Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung) sind in den Gremien des Deutschen Kulturrates (Fachausschüsse, Sprecherrat, Mitgliederversammlung) vertreten und steuern darüber die Politik des Deutschen Kulturrates.

Die Gremien des Deutschen Kulturrates arbeiten rein ehrenamtlich. In den Fachausschüssen arbeiten neben Verbandsvertreterinnen und -vertretern auch externe Experten mit. Es werden keine Kosten erstattet und auch keine Aufwandsentschädigungen gezahlt.

In der Geschäftsstelle waren in den Monaten Januar bis einschließlich Juli drei hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigt, der Geschäftsführer, eine wissenschaftliche Mitarbeiterin und eine Sachbearbeiterin. In den Monaten August bis Oktober waren zwei hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigt, der Geschäftsführer und eine wissenschaftliche Mitarbeiterin. Ab November 2006 wird die Geschäftsstelle durch eine weitere wissenschaftliche Mitarbeiterin unterstützt. Zusätzlich sind stundenweise zwei Studentische Aushilfen beschäftigt. Im Jahr 2006 haben drei Studierende ein Praktikum beim Deutschen Kulturrat absolviert.

Begleitung von Gesetzgebungsvorhaben

Die große Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag einige kulturpolitische Vorhaben festgelegt, die in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden sollen. Dazu gehört u.a. die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts, die Reform des Urheberrechts, die Reform der Künstlersozialversicherung.

Im Deutschen Kulturrat haben sich zuerst die Fachausschüsse mit den Fragen befasst, bevor dann eine Diskussion und Beschlussfassung zu den Gesetzesvorhaben im Sprecherrat stattfand.

Fachausschuss Arbeit und Soziales

Die Einrichtung des Fachausschusses Arbeit und Soziales wurde vom Sprecherrat im September 2006 beschlossen. Die Idee war dabei, dass es zahlreiche Querverbindungen zwischen der Arbeitsmarkt- und der Sozialpolitik gibt und es daher geboten ist, beide Themen in einem Ausschuss zu diskutieren. Die zuvor bestehenden adhoc-Arbeitsgruppen Soziale Sicherung sowie Arbeitsmarkt wurden aufgelöst. Im Fachausschuss findet eine Rückbindung zum gemeinsamen **Runden Tisch „Stärkung der Künstlersozialversicherung“** des Deutschen Kulturrates und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales statt.

Der Ausschuss konstituierte sich am 25.10.2006. Vorsitzender des Ausschusses ist Friedhelm von Notz. Bereits in der konstituierenden Sitzung wurde der **Referentenentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes** beraten und eine Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zu dem Referentenentwurf vorbereitet. Die Stellungnahme wurde vom Sprecherrat verabschiedet und in der Ausgabe Januar/Februar 2007 von *politik und kultur* veröffentlicht. Sie kann unter <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=880&rubrik=4> abgerufen werden.

Als weiteres Thema wurde die **Veränderung des Arbeitsmarktes Kultur** angesprochen. Der Arbeitsmarkt Kultur wird einerseits als Wachstumsmarkt gesehen und auf der anderen Seite ist jedoch nicht zu übersehen, dass es sich oftmals um prekäre Beschäftigungsverhältnisse handelt. Hierzu soll im Jahr 2007 eine Stellungnahme des Deutschen Kulturrates vom Fachausschuss vorbereitet werden.

Fachausschuss Europa/Internationales

Der Fachausschuss Europa/Internationales befasste sich unter der Leitung seines Vorsitzenden Max Fuchs mit Fragen der europäischen Kulturpolitik, der internationalen Kulturpolitik sowie der Auswärtigen Kulturpolitik. Der Fachausschuss Europa/Internationales trat am 24.01., am 10.05., am 16.08. und am 13.09.2006 zusammen.

Im Mittelpunkt der Sitzung am 24.01. stand die **deutsche EU-Ratspräsidentschaft** in der ersten Jahreshälfte 2007. Hier wurde ausführlich von den verschiedenen Aktivitäten der Mitgliedsverbände des Deutschen Kulturrates berichtet. Die Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien informierten über geplanten Aktivitäten der Bundesregierung. Weiter wurde in der Sitzung über die Umsetzung der im Oktober 2005 **UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt** in deutsches Recht debattiert.

In den Sitzungen am 10.05., am 16.08.2006 und am 13.09. wurde ausführlich über die **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik** erörtert. Am 10.05. fand zunächst eine Darstellung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik aus Sicht des Auswärtigen Amtes, des Goethe-Instituts und der Kirchen statt. Weiter berichteten die anwesenden Vertreter aus den Mitgliedsverbänden des Deutschen Kulturrates über ihre vielfältigen Aktivitäten in diesem Feld. Dadurch wurde deutlich, dass die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sehr facettenreich ist und über die vom Auswärtigen Amt geförderten Mittlerorganisationen deutlich hinausgeht. In der Sitzung wurde bereits eine Skizze einer Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik entworfen. Der erste Entwurf der Stellungnahme wurde am 16.08.2006 ausführlich debattiert. Ein veränderter Entwurf wurde am 13.09.2006 erörtert und an-

schließend dem Sprecherrat zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt. Der Sprecherrat verabschiedete die Stellungnahme am 20.09.2006. Die Stellungnahme wurde in der Ausgabe November/Dezember 2006 von *politik und kultur* veröffentlicht und kann unter <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=871&rubrik=4> abgerufen werden. Das Auswärtige Amt veranstaltete im Oktober 2006 eine Tagung „Menschen bewegen“, in der die von der rot-grünen Bundesregierung auf den Weg gebrachte Auswärtige Kulturpolitik evaluiert wurde. Die Stellungnahme des Deutschen Kulturrates lag zur Tagung vor.

Fachausschuss Medien

Der Fachausschuss Medien führte am 03.02. und am 26.04.2006 eine vom Vorsitzenden Heinrich Bleicher-Nagelsmann geleitete Sitzung durch.

In der Sitzung am 03.02. wurde erörtert, welche Aspekte in einer umfassenden Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Medienpolitik berücksichtigt werden sollten. Insbesondere wurde kontrovers debattiert, ob in der Stellungnahme eine Konzentration auf die audiovisuellen Medien erfolgen oder der Printbereich einbezogen werden sollte. In der Sitzung am 26.04. wurde sich mit den **Veränderungen im Medienmarkt** auseinandergesetzt. Angesichts der **Digitalisierung** drängen vermehrt Telekommunikationsunternehmen in den Medienmarkt und werden zu Inhaltsanbieter. Die zuvor bestehende Konkurrenz zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanbietern verschiebt sich daher. Zunehmend ist festzustellen, dass die Rundfunkanbieter – öffentlich-rechtlich und privat im Schulterschluss – den Telekommunikationsunternehmen gegenüber stehen. Der Deutsche Kulturrat hat in einer Resolution seiner Sorge Ausdruck verliehen, dass die vorherigen Grenzen zwischen Inhaltsanbietern und den technischen Weiterleitungsunternehmen von

den Weiterleitungsunternehmen aufgeweicht werden und daher die Frage im Raum steht, was Rundfunk ist. Die Resolution wurde vom Sprecherrat am 30.05.2006 verabschiedet. Die Resolution wurde in der Ausgabe Juli/August 2006 von *politik und kultur* veröffentlicht und kann unter <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=781&rubrik=4> abgerufen werden.

Fachausschuss Steuern

Die **Reform des Gemeinnützigkeitsrechts** zog sich als roter Faden durch die Arbeit des von Peter Rau geleiteten Fachausschusses im Jahr 2006 hindurch. Die Regierungskoalition hatte im Koalitionsvertrag eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts angekündigt. Es wurden daher Erwartungen in eine grundlegende Reform geweckt. Der Deutsche Kulturrat hatte im Dezember 2005 die Stellungnahme „Chance zur umfassenden Reform des Gemeinnützigkeitsrechts jetzt nutzen!“ (abrufbar unter: <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=634&rubrik=4>) verabschiedet, in der Forderungen zur Gemeinnützigkeitsrechtsreform formuliert wurden. Wie im Vorjahr arbeitete der Deutsche Kulturrat in der „**Projektgruppe Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts**“ mit, in der Dachverbände aus den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen die Anforderungen an eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts beraten. Im Fachausschuss Steuern der Deutsche Kulturrates wird über die Arbeit der Projektgruppe berichtet. Von Brisanz war im Jahr 2006 ein Rundschreiben des Bundesfinanzministerium, in dem verordnet wurde, dass **Mitgliedsbeiträge zu Kulturfördervereinen** ab 2007 steuerlich nicht mehr absetzbar sein sollten, wenn eine geldwerte Gegenleistung wie z.B. der kostenlose Eintritt in die geförderte Einrichtung gewährt wird. Der Deutsche Kulturrat hat sich massiv gegen die engagementfeindliche Festlegung im Rundschreiben zur Wehr gesetzt. Das Rundschreiben wurde im Dezember 2006 außer Kraft gesetzt.

Das vom **Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums der Finanzen** vorgelegte Gutachten zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts war Gegenstand der Ausschusssitzung am 23.08.2006. Zu diesem Gutachten wurde eine Stellungnahme vorbereitet, in der der Deutsche Kulturrat unterstreicht, dass eine wie im Gutachten vorgenommene rein ökonomische Betrachtung des bürgerschaftlichen Engagement dem Engagement nicht gerecht wird. Ebenso wird sich gegen die Verengung des Kunstbegriffs gewehrt. Die Stellungnahme wurde am 20.09.2006 vom Sprecherrat diskutiert und verabschiedet. Sie wurde in der Ausgabe November/Dezember 2006 von *politik und kultur* veröffentlicht und kann unter <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=781&rubrik=4> abgerufen werden.

Fachausschuss Urheberrecht

Der Fachausschuss Urheberrecht hat sich im Jahr 2006 unter der Leitung seines Vorsitzenden Ferdinand Melichar vornehmlich mit dem



Der Vorstand des Deutschen Kulturrates bei Staatsminister Bernd Neumann. (v.l.n.r. Christian Höppner, Staatsminister Bernd Neumann, Prof. Dr. Max Fuchs, Dr. Claudia Schwalfenberg, Olaf Zimmermann und Prof. Dr. Hermann Schäfer.

Foto: Kristin Bäßler

Weiter auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

Zweiten Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft befasst.

In der Sitzung am 28.01.2006 wurde der zweite Referentenentwurf dieses Gesetzes diskutiert. Einvernehmlich wurden die vorgeschlagenen Regelungen zur **Vergütungsabgabe** abgelehnt, da sie nicht dazu geeignet sind, den Urhebern die angemessene Vergütung zur Nutzung ihrer Werke zu gewährleisten. Der Fachausschuss Urheberrecht bereitete auf der Grundlage bestehender Stellungnahmen eine Stellungnahme zu diesem Referentenentwurf vor, die vom Sprecherrat verabschiedet wurde. Sie wurde in der Ausgabe März/April 2006 von *politik und kultur* veröffentlicht und kann unter <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=672&rubrik=4> abgerufen werden. Der Deutsche Kulturrat führte einen **Parlamentarischen Abend** durch, um den Abgeordneten des Deutschen Kulturrates unmittelbar die Kritik am Regierungsentwurf vorzutragen. Der Parlamentarische Abend, an dem die Mitglieder des Fachausschusses teilnahmen, traf auf eine positive Resonanz.

In der Sitzung am 21.11.2006 wertete der Ausschuss die bisherigen Anhörungen des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags zum Zweiten Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft aus. Der Fachausschuss Urheberrecht des Deutschen Kulturrates nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die überwiegende Zahl der angehörten Experten den Gesetzesentwurf hinsichtlich der vorgeschlagenen Regelungen zur Vergütungsabgabe sehr kritisch beurteilte bzw. ablehnte. Der Ausschuss bereitete daraufhin eine Stellungnahme vor, in der der Deutsche Kulturrat die Mitglieder des Deutschen Bundestags auffordert, die von den Experten vorgebrachte Kritik ernst zu nehmen. Die Stellungnahme wurde vom Sprecherrat des Deutschen Kulturrates am 05.12.2006 diskutiert und verabschiedet. Sie wurde in der Ausgabe Januar/Februar 2007 von *politik und kultur* veröffentlicht und kann unter <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=907&rubrik=4> abgerufen werden. Weiter befasste sich der Ausschuss am 21.11. mit der **Enforcement-Richtlinie** und kam darin überein, hierzu im Jahr 2007 eine Stellungnahme vorzubereiten.

Kulturpolitischer Diskurs

Der Deutsche Kulturrat versteht sich nicht nur als Lobbyorganisation der Bundeskulturverbände, die auf konkrete Gesetzgebungsvorhaben Einfluss nimmt, sondern will die kulturpolitische Debatte weiter vorantreiben, um so perspektivisch Handlungsoptionen für die Kulturpolitik zu entwerfen. Der kulturpolitische Diskurs findet in den Fachausschüssen, im Sprecherrat, in der Mitgliederversammlung und im Vorstand statt. Besonders der Vorstand sieht sich in der Verantwortung über das kulturpolitische Tagesgeschäft hinaus kulturpolitische Perspektiven zu entwerfen.

Fachausschuss Bildung

Der Fachausschuss Bildung traf sich am 15.02., am 21.03., am 24.05., am 21.08. und am 27.10.2006 unter der Leitung des Ausschussvorsitzenden Christian Höppner. Im Ausschuss findet jeweils ein **ausführlicher fachlicher Austausch der Mitglieder** zu den aktuellen Vorhaben, Projekten und Veranstaltungen zum

Themenbereich kulturelle Bildung statt. Der Fachausschuss ist damit zugleich ein spartenübergreifendes Fachforum für Fragen der kulturellen Bildung.

Intensiv wurde im Fachausschuss im Jahr 2006 an der Stellungnahme **„Kulturelle Bildung: Eine Herausforderung durch den demografischen Wandel“** gearbeitet. In die Stellungnahme flossen Diskussionen aus den Mitgliedsverbänden des Deutschen Kulturrates ein, zugleich löste die Erarbeitung der Stellungnahme Debatten in den Mitgliedsverbänden aus. Es wurde die Frage erörtert, wie künftig eine kulturelle Infrastruktur in bevölkerungsarmen Regionen aufrecht erhalten werden kann, wie sich die Angebote der Kultureinrichtungen und Einrichtungen der kulturellen Bildung ändern müssen, welche Bedeutung künftig die kulturelle Kinder- und Jugendbildung hat. Diese Wechselwirkung hat zu einer Vertiefung und Verbreiterung der Diskussion beigetragen. Die Stellungnahme wurde im September 2006 vom Sprecherrat des Deutschen Kulturrates verabschiedet und in der Ausgabe Januar/Februar 2007 von *politik und kultur* veröffentlicht. Sie kann unter <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=845&rubrik=4> abgerufen werden.

Seit August 2006 arbeitet der Fachausschuss an einer Stellungnahme zur **interkulturellen Bildung**. In diesem Kontext wird u.a. auch über Fragen der Leitkultur, über die Rolle der deutschen Sprache, über kulturelle Vielfalt debattiert.

Der Ausschuss plant diese Stellungnahme im Juni 2007 dem Sprecherrat zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.

Fachausschuss Bürgerschaftliches Engagement

Die Einsetzung des Fachausschusses Bürgerschaftliches Engagement wurde auf Anregung des Rates für Sozialkultur und kulturelle Bildung in der Sprecherratssitzung im Juni 2006 beschlossen. Hintergrund der Entscheidung waren u.a. aktuelle Entwicklungen wie die **generationsübergreifenden Freiwilligen Soziale Jahr Kultur**.

Der Fachausschuss konstituierte sich am 08.12.2006. Ausschussvorsitzende ist Hildegard Bockhorst. In dieser Sitzung informierten die Mitglieder zunächst über die Erfahrungen mit Bürgerschaftlichem Engagement in ihren Arbeitsfeldern sowie über aktuelle Herausforderungen.

Der Ausschuss kam darin überein, im Jahr 2007 die fachliche Debatte zu vertiefen und für den 05.12.2007 eine Veranstaltung zum Themenfeld Bürgerschaftliches Engagement in der Kultur vorzubereiten.

Diskursprojekt Kulturelle Grundlagen der Gesellschaft

Bundestagspräsident Norbert Lammert, MdB hat in einem seiner ersten Interviews nach seiner Wahl zum Bundestagspräsidenten gesagt, dass die **Debatte um Leitkultur** erneut geführt werden müsste. Dabei geht es vor allem um die Frage, wie viel kulturelle Verbindlichkeiten in einem Gemeinwesen benötigt werden. Der **Vorstand des Deutschen Kulturrates** hat den Vorstoß von Bundestagspräsident Lammert sehr begrüßt und ein **Diskursprojekt Kulturelle Grundlagen der Gesellschaft** initiiert, das vor allem über Diskussionsbeiträge in der Zeitung *politik und kultur* stattfindet. Es konnten namhafte Autoren wie Norbert Lammert, Bassam Tibi, Klaus von Beyme, Hermann Glaser, Herfried Münkler, Julian Nida-Rümelin, Claudia Roth, Georg Ruppelt u.a. gewonnen werden, die sich am Diskursprojekt beteiligt haben. Der Kulturbereich ist in mehrfacher Hinsicht gefordert,



Verleihung des Kulturgroeschens 2006 an Daniel Barenboim durch den Vorsitzenden des Deutschen Kulturrates Max Fuchs (rechts). Foto: Stefanie Ernst

sich mit dem Thema auseinander zu setzen. Zum einen besteht die verstärkte Anforderung des interkulturellen Dialogs, zum anderen transportiert gerade der Kulturbereich den kulturellen Kanon. Anlässlich des 25jährigen Jubiläums führte der Deutsche Kulturrat am 20.09.2006 eine Diskussionsveranstaltung zum Thema Leitkultur durch, in die Bundestagspräsident Lammert mit einem Eingangsstatement einführte. Es diskutierten: Max Fuchs, Norbert Lammert, Bassam Tibi und Petra Bahr.

Kultur und Kirche

In *politik und kultur* wurde in der Ausgabe 5/2006 die Debatte um das Thema Kultur und Kirche angestoßen. Anhand von **Zahlen und Fakten** sowie von **Beiträgen aus unterschiedlicher Perspektive** wurde das **kulturelle Engagement der Kirchen** von der Auswärtigen Kulturpolitik bis hin zur kirchlichen Büchereiarbeit oder der Filmarbeit zu beleuchtet. Bislang wurde in der kulturpolitischen Öffentlichkeit noch nicht wahrgenommen, welche bedeutende Funktion die Kirchen im kulturellen Leben haben. Der Deutsche Kulturrat hat mit dem Schwerpunkt eine Diskussion zur Bedeutung der Kirchen als Teil des kulturellen Lebens in der kulturpolitischen Öffentlichkeit initiiert. Zugleich wurde innerkirchlich das Thema aufgegriffen. So widmete die **Deutsche Bischofskonferenz** ihre Herbsttagung dem Thema Kultur und Kirche und nutzte dabei die Schwerpunktausgabe „Kultur und Kirche“ von *politik und kultur*.

Beratung der Bundesregierung, der Parlamentes sowie des Bundespräsidenten

Der Deutsche Kulturrat berät zum einen die Bundesregierung laufend über seine Stellungnahmen, Resolutionen und Positionspapiere zu kulturpolitischen Fragen. Diese Beratung der Bundesregierung wird über das Projekt „Bündelung verbandlicher Kulturpolitik unter spartenübergreifendem Blickwinkel und Politikberatung durch den Deutschen Kulturrat e.V.“ vom „Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien“ (BKM) unterstützt. Zentral ist dabei, dass es sich bei den Positionen des Deutschen Kulturrates nicht um Einzelmeinungen, sondern tatsächlich um die gebündelten Informationen aus dem Kulturbereich handelt.

Zusätzlich zu dieser kontinuierlichen Arbeit zu der auch gehört, für

Bundestagsabgeordneten Informationen bereit zu stellen, wurde der Deutsche Kulturrat gebeten in Gremien mitzuwirken.

Gespräch mit Bundeskanzlerin Merkel zur EU-Ratspräsidentschaft

Im Dezember 2006 lud Bundeskanzlerin Merkel Vertreter von Spitzenverbänden, der Gewerkschaften und der Kirchen zu einem Gespräch in das Bundeskanzleramt, um über die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2007 zu sprechen. Bei dem Gespräch ging es in erster Linie darum, für den europäischen Einigungsprozess zu werben und Europa den Bürgern näher zu bringen. Der Kulturbereich wurde durch den Vorsitzenden des Deutschen Kulturrates Max Fuchs vertreten.

Mitwirkung in der Arbeitsgruppe Kultur des Integrationsgipfels

Nach dem Integrationsgipfel bei Bundeskanzlerin Merkel im Herbst 2006 wurden verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, in denen konkrete Vorschläge zur Integration erarbeitet werden sollten. Das BKM hatte die Federführung der Arbeitsgruppe Kultur. Der Vorsitzende des Deutschen Kulturrates Max Fuchs wurde gebeten, in der Gruppe mitzuarbeiten.

Runder Tisch Stärkung der Künstlersozialversicherung

Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales lädt der Deutsche Kulturrat zum Runden Tisch „Stärkung der Künstlersozialversicherung“ ein. Am Runden Tisch arbeiten Vertreter der Abgabepflichtigen und der Vertreter der Versicherten mit. Die Reform zur Künstlersozialversicherung wurde frühzeitig am Runden Tisch debattiert, so dass die Forderungen und Sorgen beider Seiten berücksichtigt werden konnten.

Anhörung zur Föderalismusreform

Am 02.06.2006 fand die letzte Anhörung des Deutschen Bundestags und des Bundesrates zur Föderalismusreform statt. Thema waren die möglichen Auswirkungen der Föderalismusreform auf den Kulturbereich. Zu dieser Anhörung waren in erster Linie Verfassungsjuristen geladen, die zu den verfassungsrechtlichen Implikationen Stellung nahmen. Der Vorsitzende des Deutschen Kulturrates Max Fuchs vertrat die Position der im Deutschen Kulturrat zusammengeschlossenen Bundeskulturverbände und verließ seinen Bedenken gegenüber der Reform Ausdruck. Die Stellungnahme kann un-

ter <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=769&rubrik=5> nachgelesen werden.

Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags

Der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags führte am 08.11.2006 eine Anhörung zu den im Entwurf eines „Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft vorgeschlagenen Änderungen“ zur Vergütungsabgabe durch. Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates wurde zu diesem Gespräch als Sachverständiger eingeladen und hat die ablehnende Haltung des Deutschen Kulturrates vorgetragen.

Beratung des Bundespräsidenten

Besondere Wertschätzung erfuhr die Arbeit des Deutschen Kulturrates im Bereich kulturelle Bildung und die herausgehobene Position des Vorsitzenden Max Fuchs durch die Einladung des Bundespräsidenten Köhler an der Vorbereitung seiner Berliner Rede zur Bildungspolitik mitzuwirken. Zusammen mit dem Präsidenten der Freien Universität Berlin Prof. Dr. Dieter Lenzen, dem langjährigen Leiter des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung Prof. em. Dr. Wolfgang Edelstein, dem für Bildungspolitik zuständigen Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung Prof. Dr. Jörg-Dieter Gauger sowie dem Vorsitzenden des Deutschen Kulturrates Prof. Dr. Max Fuchs diskutierte Bundespräsident Köhler grundsätzlich über bildungspolitische Fragestellungen.

Öffentlichkeitsarbeit und Bereitstellung von kulturpolitischen Informationen

Öffentlichkeitsarbeit

Die offensive Öffentlichkeitsarbeit ist ein Markenzeichen des Deutschen Kulturrates. Der Sprecherrat bestätigte in seiner Sitzung am 30.05.2006 noch einmal ausdrücklich, dass er eine offensive Öffentlichkeitsarbeit wünscht. Nur durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit gelang es in der Vergangenheit kulturpolitische Vorhaben anzustoßen bzw. zu befördern. Im Jahr 2006 war ein wichtiges Thema in der Öffentlichkeitsarbeit u.a. der geplante Verkauf von Kulturgut aus dem Besitz der öffentlichen Hand. Der Deutsche Kulturrat hat sich wie sei-



Norbert Lammert bei seiner Rede zum 25jährigen Jubiläum des Deutschen

Durchführung von Veranstaltungen

Jubiläum 25 Jahre Deutscher Kulturrat

Eine Veranstaltung ragte im Jahr 2006 heraus, das Jubiläum zum 25jährigen Bestehen des Deutschen Kulturrates. Im September 2006 fand die Feier im Max-Liebermann-Haus in Berlin statt. Kulturstatsminister Neumann hielt bei der Feier eine vielbeachtete **kulturpolitische Grundsatzrede**. Im Rahmen dieses Festes fand eine **Podiumsdiskussion zur Leitkultur** statt, der ein Vortrag von Bundestagspräsident Lammert vorausging. Weiter wurde im Rahmen des Festes der **Kulturroschen** an Daniel Barenboim verliehen.

puk-Journalistenpreis

Im Januar 2006 wurde der *puk*-Journalistenpreis für die allgemeinverständliche Vermittlung kulturpolitischer Inhalte an das Radiofeuilleton von DeutschlandRadio, Heinrich Wefing sowie an Eduard Erne und Eva Hassel-von Pock für den Kulturzeitbeitrag Kunst-Hartz vergeben. Die Verleihung fand in Kooperation mit Deutschlandradio im Rahmen eines Konzertes „Debut im Deutschlandradio“ im Kammersaal der Berliner Philharmonie statt.

Fachtagung Staatsziel Kultur

Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestags empfahl in ihrem Zwischenbericht im Jahr 2005, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern und unterbreitete einen konkreten Formulierungsvorschlag. Der Deutsche Kulturrat setzt sich bereits seit 2004 für das Staatsziel Kultur im Grundgesetz ein. Um die Diskussion zu befördern, wurde im Mai 2006 in **Zusammenarbeit mit der Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel** eine Fachtagung zum Staatsziel Kultur durchgeführt, bei

der das Für und Wider eingehend erörtert wurde. Im April und im Oktober 2006 führte der Deutsche Kulturrat ein Pressegespräch mit dem Deutschen Olympischen Sportbund durch. Bei diesen Pressegesprächen warben die beiden Spitzenverbände für das Staatsziel Kultur sowie das Staatsziel Sport.

Parlamentarische Abende

Im Jahr 2006 veranstaltete der Deutsche Kulturrat zwei parlamentarische Abende. Zum einen informierte er über seine Kritik an der geplanten **Urheberrechtsreform**. Zum anderen führte er zusammen mit dem WDR ein parlamentarisches Mittagessen zu den Themen **GATS** und **Konvention Kulturelle Vielfalt** durch.

Dank

Unser Dank gilt allen, die zum Gelingen der Arbeit im Jahr 2006 beigetragen haben. Da sind zuerst die Mitglieder der Fachausschüsse, die Sprecherinnen und Sprecher der Sektionen des Deutschen Kulturrates sowie die Geschäftsführer der Sektionsgeschäftsstellen zu nennen. Dank ihres Einsatzes konnten die Stellungnahmen erarbeitet, diskutiert und verabschiedet werden. Die kulturpolitischen Debatten in den Gremien des Deutschen Kulturrates sind unerlässlich, um abgestimmte Meinungen zu entwickeln. Allen, die sich an den Debatten beteiligt haben, mit ihren Beiträgen, ihrem Lob und ihrer Kritik zu einer lebendigen Diskussion beitragen, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Der Deutsche Kulturrat lebt von der lebendigen Demokratie und der Mitwirkung der Mitglieder. Hervorzuheben ist, dass die Mitglieder nicht nur ihr Know-how einbringen, sondern auch alle entstehenden Kosten selbst übernehmen.

Herzlich danken möchten wir den Zuwendungsgebern des Deutschen Kulturrates, namentlich dem Beauftragten der Bundesregierung

für Kultur und Medien und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung. Dank der finanziellen Unterstützung durch die genannten Institutionen konnte der Deutsche Kulturrat seine Arbeit bewältigen.

Danken möchten wir ebenfalls den Autorinnen und Autoren von *politik und kultur*. Von ihren Beiträgen lebt die Zeitung. Kontroverse Meinungen sind ausdrücklich erwünscht und beleben die kulturpolitischen Debatten.

Danken möchten wir gerne der ConBrio Verlagsgesellschaft für ihre finanzielle Unterstützung bei der Herausgabe der Zeitung *politik und kultur* des Deutschen Kulturrates. In unseren Dank möchten wir die Mitarbeiter des ConBrio-Verlags für die unkomplizierte und unbürokratische Zusammenarbeit ausdrücklich einschließen. Ebenso danken wir dem ConBrio Verlag für die Zusammenarbeit beim Kulturinformationszentrum (KIZ).

Danken möchten wir ebenfalls Deutschlandradio Kultur für die Möglichkeit, den *puk*-Journalistenpreis in Kooperation zu verleihen. Ebenfalls danken möchten wir der Stiftung Brandenburger Tor und der Dresdner Bank für ihr Entgegenkommen bei der Nutzung von Räumen.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Deutschen Kulturrates sowie den Praktikanten gilt ebenfalls unser Dank. Sie tragen mit ihrem Engagement zum Gelingen der Arbeit bei.

Wir hoffen auf weiterhin gute Zusammenarbeit, Lob und Kritik und vor allem spannende Debatten.

*Prof. Dr. Max Fuchs, Vorsitzender
Christian Höppner,
Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Claudia Schwalfenberg,
Stellvertretende Vorsitzende
Olaf Zimmermann,
Geschäftsführer* ■

Im Jahr 2006 verabschiedete Stellungnahmen

- Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Zweiten Referentenentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft (22.03.2006)
- Resolution: Bürgerschaftliches Engagement in Fördervereinen nicht gefährden (22.03.2006)
- Resolution: Rahmenfrist für den Bezug von Arbeitslosengeld I den Anforderungen des Kulturbereiches anpassen (31.05.2006)
- Resolution: Aufhebung der Grenze zwischen Technik und Inhaltsproduktion führt zu bedenklicher Regelungslücke (31.05.2006)
- Kulturelle Bildung – Eine Herausforderung durch den demografischen Wandel (20.09.2006)
- Resolution: Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern und nicht verschlechtern (20.09.2006)
- Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur geplanten Neuausrichtung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (20.09.2006)
- Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum „Referentenentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Künstler-sozialversicherungsgesetzes und anderer Gesetze“ (01.11.2006)
- Kritik der Experten ernst nehmen! Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Anhörung von Sachverständigen durch den Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags zum Regierungsentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft (07.12.2006)

Im Jahr 2006 geführte Gespräche mit Spitzenpolitikern

- 02.02.2006 Intendant des WDR Fritz Pleitgen
- 13.02.2006 Vorsitzender der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag Dr. Gregor Gysi, MdB
- 21.03.2006 Staatsminister für Kultur und Medien Bernd Neumann, MdB
- 29.03.2006 Intendantin des rbb Dagmar Reim
- 27.04.2006 Bundesminister für Arbeit und Soziales und Vizekanzler Franz Müntefering, MdB
- 03.05.2006 Bundesministerin für Bildung und Forschung Dr. Annette Schavan, MdB
- 16.08.2006 Bundesministerin für Justiz Brigitte Zypries, MdB
- 08.11.2006 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Peter Struck, MdB

Im Jahr 2006 durchgeführte Pressegespräche

- 13.03.2006 Thema: UNESCO-Tagung zur künstlerischen Bildung
- 17.05.2006 Thema: Gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern für die kulturelle Bildung (zusammen mit dem Deutschen Musikrat und dem Verband deutscher Musikschulen)
- 02.06.2006 Thema: Auswirkungen der Föderalismusreform auf die Kultur
- 21.06.2006 Thema: Vorstellung des Buches „Selbständige Künstlerinnen und Künstler in Deutschland – zwischen brotloser Kunst und freiem Unternehmertum (zusammen mit ver.di und der Universität Bonn)
- 24.08.2006 Thema: Vorstellung der Ausgabe *politik und kultur* 5/2006 mit dem Schwerpunkt Kultur und Kirche (zusammen mit der Kulturbeauftragten der EKD und dem Kulturreferenten der Deutschen Bischofskonferenz)
- 21.11.2006 Thema: Staatsziel Kultur und Staatsziel Sport im Grundgesetz verankern (zusammen mit dem Deutschen Olympischen Sportbund)

Fortsetzung von Seite 30

ne Mitgliedsverbände entschieden gegen die Planungen der Stadt Krefeld und des Landes Baden-Württemberg gewandt. Es wurden weiter sechs Pressegespräche (siehe Kasten) durchgeführt, in denen verschiedene Themen erläutert wurden.

Bereitstellung von Informationen

Ein besonderer Service des Deutschen Kulturrates ist das **Wissensportal** www.kulturrat.de. Mehr als 2.000 Personen (Besucher) nutzen mit mehr als 10.000 Zugriffen (Hits) am Tag das Wissensportal www.kulturrat.de des Deutschen Kulturrates e.V. und informieren sich über die Kulturpolitik des Bundes in Deutschland. Dafür stehen den Nutzern mehr als 1.000 Dokumente zur Verfügung die mittels Volltextsuche durchsucht werden können. Täglich werden die Informationen aktualisiert! Speziell in den Dossiers finden sich zahlreiche Hintergrundinformationen und Dokumente (Arbeitsmarkt Kultur, Auswärtige Kulturpolitik, Bürgerschaftliches Engagement, Computerspiele, Daseinsvorsorge, Ein-Euro-Jobs/Hartz-Gesetze, Enquete-Kommission Kultur, EU-Dienstleistungsrichtlinie, EU-Kulturpolitik, EU-Ratspräsidentschaft, Föderalismusreform, Kulturfinanzierung, Künstler-sozialversicherung, Kulturelle Vielfalt, Kultur und Kirche, Leitkulturdebatte, Medienpolitik, Staatsziel Kultur, Steuerrecht, Urheberrecht, Verkauf von öffentlichem Kulturgut).

Ebenfalls im Internet verfügbar ist das **Kulturinformationszentrum** (www.nmz.de/kiz) des Deutschen Kulturrates und der ConBrio-Verlagsgesellschaft. Hier sind tagesaktuelle Nachrichten zu Kunst, Kultur und Kulturpolitik zu finden.

In *politik und kultur* werden in jeder Ausgabe **kulturrelevante Bundestagsdrucksachen** aufgeführt, so dass Interessierte über die Homepage des Deutschen Bundes-

tags direkt Zugriff auf die Drucksachen haben. Die Resonanz auf diesen Service ist sehr positiv.

Veröffentlichungen

Im Jahr 2006 erschien ein Buch. Die Studie von Caroline Dangel et al. „Selbständige Künstlerinnen und Künstler in Deutschland“ setzt sich mit der sozialen Lage der Künstler auseinander. Grundlage ist eine Befragung von Künstlerinnen und Künstler der Bereiche Musik, Wort, Bildende Kunst und Darstellende Kunst.

Das 25jährige Jubiläum des Deutschen Kulturrates wurde nicht in Form eines Buches sondern als DVD dokumentiert. Neben Ausschnitten aus den Diskussionen sind auf der DVD Interviews zur Arbeit des Deutschen Kulturrates sowie allgemein zur Kulturpolitik zu finden.

Sechs Mal im Jahr erscheint die Zeitung des Deutschen Kulturrates *politik und kultur*. Herausgeber der Zeitung sind Olaf Zimmermann und Theo Geißler. Der Redaktion gehören Olaf Zimmermann, Gabriele Schulz und Andreas Kolb an. Die Zeitung erscheint mit einer Auflage von 7.500 gedruckten Exemplaren. Mehr als 15.000 Exemplare werden pro Ausgabe als .pdf-Datei aus dem Internet abgerufen. Die Zeitung *politik und kultur* ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, an Flughäfen und großen Kiosken erhältlich. Alle Ausgaben von *politik und kultur* sind im Internet abrufbar unter: http://www.kulturrat.de/puk_liste.php?rubrik=puk.

Im Jahr 2006 lag die Beilage Kultur Kompetenz Bildung der Zeitung *politik und kultur* bei. Schwerpunkt dieser Beilage sind bildungspolitische Fragen.

Die aktuellen Debatten im Deutschen Kulturrat werden in *politik und kultur* sowie Kultur Kompetenz Bildung begleitet. Hier kommen unterschiedliche Stimmen zu Wort, so dass die Leser kulturpolitische Diskussionsprozesse in den Beiträgen verfolgen können.

Fachausschüsse des Deutschen Kulturrates

- Fachausschuss Arbeit und Soziales
Vorsitz: Friedhelm von Notz (Deutsche Literaturkonferenz)
- Fachausschuss Bildung
Vorsitz: Christian Höppner (Deutscher Musikrat)
- Fachausschuss Bürgerschaftliches Engagement
Vorsitz: Hildegard Bockhorst (Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung)
- Fachausschuss Europa/Internationales
Vorsitz: Prof. Dr. Max Fuchs (Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung)
- Fachausschuss Medien
Vorsitz: Heinrich Bleicher-Nagelsmann (Sektion Film und Medien)
- Fachausschuss Steuern
Vorsitz: Prof. Dr. Peter Raue
- Fachausschuss Urheberrecht
Vorsitz: Prof. Dr. Ferdinand Melichar (Deutsche Literaturkonferenz)

Bericht aus den Sektionen des Deutschen Kulturrates

Im Folgenden berichten die Geschäftsführer beziehungsweise Sprecher der Sektionen des Deutschen Kulturrates über die Arbeit der Sektion im Jahr 2006, die teilweise in das Jahr 2007 hineinreicht.

Deutscher Musikrat

Der Deutsche Musikrat (DMR) hat sich im Berichtszeitraum schwerpunktmäßig mit den folgenden Themen befasst:

1. Musikalische Bildung

Die musikalische Bildung bleibt das Generalthema der Arbeit des Deutschen Musikrates, weil sie als Querschnittsaufgabe die Grundlage für nahezu alle Bereiche unserer Arbeit bildet. Ziel ist es, die zentrale Bedeutung der musikalischen Bildung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft in einer Weise deutlich zu machen, die zu entsprechenden Konsequenzen im politischen Handeln führt. Gerade in ökonomisch schwierigen Zeiten wird viel Energie in das Engagement zum Erhalt bewährter Rahmenbedingungen eingesetzt. Dieses notwendige Engagement darf jedoch nicht den Blick auf das mittelfristige Ziel verstellen, dass jedes Kind, egal welcher sozialen oder ethnischen Herkunft, die Chance für eine umfassende und qualifizierte musikalische Bildung erhalten muss.

2. Musikvermittlung

Der DMR veranstaltete im Mai 2006 zu diesem Thema einen Kongress an dem mehr als 150 Personen aus Politik, Kultur und Wirtschaft teilnahmen. Im Nachgang des Kongresses wurde das Positionspapier „Mehr Musikvermittlung in Deutschland“ formuliert, das an die Bildungs-/Kultusminister der Länder gesendet wurde. Unter Bezug auf das Abschlusspapier wurde um eine Stellungnahme zur Situation und zu den Perspektiven im jeweiligen Land gebeten. Eine Synopse der Antworten wird in der kommenden Ausgabe der Zeitschrift Musikforum zu lesen sein.

3. Kulturelle Identität und interkultureller Dialog

Der 2. Berliner Appell als Ergebnis der Tagung „Musikland Deutschland: Wie viel kulturellen Dialog wollen wir?“ im November 2005 fand in der Folge eine sehr breite Unterstützung aus prominenten Vertretern aus den Bereichen Politik, Kultur, Wirtschaft, Gesellschaft. Am 10. Juli 2006 wurde der 2. Berliner Appell Bundespräsident Horst Köhler im Schloss Bellevue überreicht. Anschließend fand ein Gespräch im kleinen Kreis mit dem Bundespräsidenten statt.

Zudem gibt es bei Veranstaltungen und Kongressen immer mehr Bezugnahmen auf den 2. Berliner Appell ebenso wie in der Politik und den Medien. Informationen zum 2. Berliner Appell unter www.berliner-appelle.de

4. Zukunft der Musikberufe

Vom 09.-11.03.2007 veranstaltete der Deutsche Musikrat den Kongress „Zukunft der Musikberufe“, der Experten der Berufspraxis und der Ausbildung mit dem Ziel zusammenbrachte, gemeinsam beide Bereiche kritisch zu reflektieren, die zeitgemäße Modifikation bestehender Berufsausbildungen zu beschreiben und Perspektiven für neue Berufsfelder aufzuzeigen. Die Ergebnisse des Kongresses wurden zusammengefasst in der Rheinsberger Erklärung.

Der Kongress wurde wissenschaftlich begleitet; die Ergebnisse

stehen als Buch Ende 2007 zur Verfügung. Weitere Informationen zum Kongress und der Rheinsberger Erklärung unter www.zukunft-der-musikberufe.de

5. Demographischer Wandel

Die Auswirkungen und Konsequenzen des Demographiewandels für unsere Musikkultur werden vom 1. bis zum 3. Juni 2007 im Rahmen des Kongresses „Es ist nie zu spät – Musizieren 50+“ mit ausgesuchten Experten erörtert. Ziel ist es, mit diesem Kongress die Kreativpotentiale der älteren Menschen und die daraus folgenden Chancen für unsere Gesellschaft bewusster zu machen und Rahmenbedingungen für den politischen Entscheidungsprozess zu formulieren, die insgesamt zu einer Verbesserung barrierefreien Musizierens auch der älteren Generation führen soll. Einen Schwerpunkt bildet dabei das generationenübergreifende Musizieren.

Weitere Informationen unter www.es-ist-nie-zu-spaet.de.

6. Auswärtige Musikpolitik

Nach Gesprächen mit dem Goethe-Institut und dem Auswärtigen Amt konnte eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Deutschen Musikrat und dem Goethe-Institut ausgearbeitet werden, die in Kürze auf einer Pressekonferenz präsentiert werden wird. Neben den bereits existierenden Kontakten zu China und Polen gibt es mittlerweile einen intensiven Austausch mit Venezuela.

7. Laienmusizieren

Die Bedeutung des Laienmusizierens für das Musikleben in Deutschland wurde in der von der Mitgliederversammlung des DMR verabschiedeten Resolution „Zukunft Musik: Laienmusizieren in Deutschland“ herausgearbeitet, die im Rahmen einer Podiumsdiskussion den kulturpolitischen Sprecher aller im Bundestag vertretenen Parteien überreicht wurde.

Christian Höppner, Sprecher des Deutschen Musikrates ■

Rat für darstellende Kunst und Tanz

Der Rat für darstellende Kunst und Tanz hat sich in seiner ersten halbjährlichen Sitzung am 13. Juni 2006 in Köln mit der Frage befasst, ob es sinnvoll sei, einen Beirat für Tanz einzurichten. Hintergrund war das Interesse der im Rat zahlreich vertretenen Tanzverbände, ihre spezifischen Fragen und Probleme losgelöst von den Sitzungen des Rates für darstellende Kunst und Tanz zu erörtern. Auch jenseits des Rates für darstellende Kunst und Tanz gab es im Berichtsjahr intensive Diskussionen über eine übergreifende Organisationsform für den Tanz, zum Beispiel anlässlich des von der Kulturstiftung des Bundes durchgeführten Tanzkongresses. Auf der Grundlage dieser Debatte hat der Rat für darstellende Kunst und Tanz entschieden, den entsprechenden Beirat einzusetzen. Zu Sitzungen des Beirates sollten auch Tanzverbände und Experten eingeladen werden können, die dem Rat für darstellende Kunst und Tanz nicht angehören.

Intensiv diskutierte der Rat für darstellende Kunst und Tanz auch im Berichtsjahr wieder über die Arbeit des Deutschen Kulturrates. Dies beruhte auf einer Diskussion in der Mitgliederversammlung Ende November 2005, in der der Deutsche Kulturrat aufgefordert wurde, bei seiner Meinungsbildung auf die Interessen seiner Mitglieder mehr Rücksicht zu nehmen. Der Rat für darstellende Kunst und Tanz beriet

ausführlich die vom Kulturrat zur Verwirklichung dieses Ziels in Aussicht genommenen Maßnahmen.

Der Sprecherrat des Kulturrates hatte eine Reihe von organisatorischen Änderungen beschlossen. Grundlage dieser organisatorischen Änderungen war die Organisationsform des Deutschen Kulturrates, der entsprechend nicht die einzelnen Verbände, sondern die Sektionen – also zum Beispiel der Rat für darstellende Kunst und Tanz – Mitglied des Deutschen Kulturrates sind. Die Mitgliederversammlung soll auf der Grundlage dieser Organisationsform in kleinerem Rahmen stattfinden. Stimm- und Rederecht in der Mitgliederversammlung sollten nur noch die sieben stimmberechtigten Vertreter der jeweiligen Sektion haben. Der Rat für darstellende Kunst und Tanz hielt dies für problematisch und beschloss deshalb, die Mitglieder seiner Sektion ausnahmslos zur Mitgliederversammlung des Deutschen Kulturrates einzuladen.

Inhaltliches Thema des Rates für darstellende Kunst und Tanz war vorrangig die kulturelle Bildung. Alle Beteiligten betonten die Bedeutung dieses Themas für die Kultureinrichtungen. Außerdem beschäftigte sich der Rat mit dem demografischen Wandel und der Auswärtigen Kulturpolitik.

In seiner Sitzung am 22. November 2006, die wiederum in Köln stattfand, befasste sich der Rat für darstellende Kunst und Tanz ausführlich mit dem Stand der Umsetzung des Tanzplans, der von der Bundeskulturstiftung im Jahr 2005 initiiert wurde. Im Rahmen dieses Tanzplans werden in fünf Jahren 12,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, und zwar für Tanzprojekte in einzelnen Städten, von denen die vom Tanzplan ausgezahlte Summe in gleicher Höhe gegenfinanziert wird. Es handelt sich vor allem um Projekte, die sich entweder mit pädagogischer Zielsetzung an Jugendliche wenden, oder um Projekte, die der Fortentwicklung des Tanzes dienen. Der Tanzplan wurde grundsätzlich begrüßt, einzelne Projekte wurden jedoch auch für nicht ausgereift genug gehalten. Außerdem beriet der Rat für darstellende Kunst und Tanz noch über die aktuelle Arbeit des Deutschen Kulturrates sowie die Fortentwicklung des Künstlersozialversicherungsgesetzes. Das UNESCO-Übereinkommen und seine Bedeutung für die Kultureinrichtungen in Deutschland waren ebenfalls Gegenstand der Diskussion. Ausdrücklich begrüßte der Rat die Initiative des Bühnensektors, den Deutschen Theaterpreis – Der Faust erstmalig zu vergeben, um so die Bedeutung der darstellenden Kunst in Deutschland zu unterstreichen.

Wie immer stand auf der Tagesordnung eine Diskussion über die aktuelle Situation der Theater und Orchester. So wurden die Zukunft des Kinder- und Jugendtheaters in Rudolstadt und die Gesamtsituation in Thüringen ausführlicher besprochen. Insbesondere der Fortbestand des Kinder- und Jugendtheaters in kleineren Städten ist vor dem Hintergrund des Themas „Kultur und Bildung“ den Mitgliedern des Rates ein ernstes Anliegen. Die Vorgänge um die Deutsche Opernstiftung waren ebenso Thema wie die zahlreichen Haustarifverträge für die Staats- und Stadttheater, mit denen Mitarbeiter zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze auf Teile ihrer Vergütung verzichten.

Im Anschluss an die Sitzung des Rates für darstellende Kunst und Tanz fand dann die konstituierende Sitzung des Beirates für Tanz statt. Zu dieser erschienen nicht nur zahlreiche Vertreter der Tanzverbände, die im Rat verankert sind, sondern auch

Experten, die sich ausgewiesenermaßen mit der Vermittlung und der Zukunft des Tanzes befassen. Es ergab sich eine lebhaft Diskussions, die zeigte, dass an der Strukturierung der Begrifflichkeiten in Bezug auf den Tanz großes Interesse besteht.

Rolf Bolwin, Sprecher und Geschäftsführer des Rates für darstellende Kunst und Tanz ■

Deutsche Literaturkonferenz

Das Jahr 2006 zeichnete sich durch eine Reihe von Initiativen und Veranstaltungen der Deutschen Literaturkonferenz und ihrer Mitglieder aus.

Das traditionell auf der Leipziger Buchmesse von der Deutschen Literaturkonferenz durchgeführte Symposium beschäftigte sich 2006 unter dem Titel „Was verboten ist, macht uns gerade scharf“ mit Fragen des Persönlichkeitsrechts und der Freiheit der Kunst.

Seit die Schriftsteller Maxim Biler und Alban Nikolai Herbst vor Gericht standen, lassen Autoren vor Erscheinen ihrer Romane neuerdings juristisch prüfen, ob sie Klagen realer Personen befürchten müssen. Eine komplexe Frage, denn welches Recht soll letztlich höher stehen: Dasjenige einer Privatperson, die zum literarischen Material wird oder das der grundgesetzlich geschützten Kunst? Dieses brisante Stoffes in Zeiten medialer (Selbst-)Entblößung nahmen sich der Jurist Karl-Heinz Ladeur, die Verlegerin Antje Kunstmann sowie die Autoren Annett Gröschner, Ingo Schulze, Joseph von Westphalen und Juli Zeh an. Die Beiträge des Symposiums sind auf der Website der Deutschen Literaturkonferenz unter www.literaturkonferenz.de/symposien-2006 veröffentlicht.

Im Nachgang zum Symposium 2005, in dessen Mittelpunkt die aktuelle Situation der Lektoren stand, gab die Deutsche Literaturkonferenz 2006 im Wallstein-Verlag die Publikation „Krise des Lektorats?“ heraus, in der Lektoren verschiedenster Kategorien zu Wort kommen.

Die im Gedenken an Karl Benjamin Preusker (1786–1871), den Gründer der ersten deutschen Bürgerbibliothek im sächsischen Großenhain, von der Deutschen Literaturkonferenz gestiftete Karl-Preusker-Medaille wurde 2006 Prof. Dr. Paul Raabe in Würdigung seines Lebenswerks verliehen. Seit 60 Jahren ist der Preisträger in und für Bibliotheken aktiv. Vor zehn Jahren bezeichnete ihn die FAZ als „Deutschlands bekanntesten Bibliothekar“ und das dürfte nach wie vor stimmen. 1927 in Oldenburg geboren, leitete Paul Raabe von 1958–1968 die Bibliothek des Deutschen Literaturarchivs in Marbach. Von 1968–1992 war er der Direktor der Herzog August Bibliothek in Wolfenbüttel und machte diese Institution zu einer international anerkannten Studien- und Forschungsstätte für das Mittelalter und die Frühe Neuzeit. Bereits pensioniert, stellte Paul Raabe sich 1992 der einzigartigen Aufgabe, bis zum Jahr 2000 die Franckeschen Stiftungen in Halle/Saale zu leiten. In seiner reichen Publikationstätigkeit treten neben den bibliotheksfachlichen Arbeiten auch zahlreiche germanistische Studien hervor.

Breiten Raum in der Tätigkeit der Deutschen Literaturkonferenz nahmen 2006 Themen des Urheberrechts ein. Neben dem Regierungsentwurf eines zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft beschäftigte sich die Deutsche Literaturkonferenz mit der Frage, wie der Aufbau

einer allumfassenden digitalen Bibliothek aussehen sollte. Eine aus Autoren, Verlegern und Bibliothekaren bestehende Arbeitsgruppe erarbeitete in einem ersten Schritt dazu ein Manifest zur Online-Nutzung von Buchinhalten, das unter www.literaturkonferenz.de/stellungnahmen einzusehen ist.

Im Berichtszeitraum fanden zwei Mitgliederversammlungen statt, am 17. März 2006 in Leipzig und am 6. Oktober 2006 in Frankfurt/Main. Bei den alle drei Jahre turnusmäßig durchgeführten Wahlen wurden im März 2006 der bisherige Sprecher Dr. Burkhard Kroeber sowie der bisherige Stellvertreter des Sprechers Dr. Georg Ruppelt in ihren Funktionen bestätigt. Die Deutsche Literaturkonferenz vereint Ende 2006 insgesamt 23 Mitgliedsverbände und -institutionen.

Iris Mai, Geschäftsführerin der Deutschen Literaturkonferenz ■

Kunstrat

Das Jahr 2006 war in kulturpolitischer Hinsicht für die im Kunstrat vereinigten rund zwei Dutzend Verbände ausgesprochen ereignisreich. Gleich drei Gesetzesnovellen wurden in Berlin „durchgezogen“: die EU-Richtlinie zur Harmonisierung des Folgerechts, die Novelle zum Künstlersozialversicherungsgesetz und die Umsetzung der UNESCO-Kulturgutschutzkonvention. Da die Mitgliedsverbände des Kunstrates diese Themen je nach Interessenlage durchaus unterschiedlich bewerteten, wurden hierzu keine gemeinsamen Stellungnahmen erarbeitet. Immerhin diente der Kunstrat als Forum, sich grundsätzlich über die jeweiligen kulturpolitischen Blickwinkel auszutauschen und zu informieren.

Die Gegenläufigkeit der Meinungsbilder zu verschiedenen Sachgebieten wird den Kunstrat jedoch nicht daran hindern, erstmals einen gemeinsamen öffentlichen Auftritt zu wagen. Im Herbst 2006 wurden erste Überlegungen hinsichtlich eines Symposiums angestellt, das in diesem Jahr stattfinden wird. Detaillierte Themen im Spannungsfeld des Kunstbetriebes zentralen Begriffs des „Wertes“ werden derzeit erarbeitet. Fest steht der Ort des Geschehens: Die Kunstrat-Tagung wird innerhalb des Begleitprogramms der von der Kölner Messegesellschaft ausgerichteten Veranstaltungen „Exponatec - Cologne Fine Art“ stattfinden. Hierbei handelt es sich um eine Fachmesse für Konservierung und Ausstellungstechnik nebst einer Publikumsmesse für Antiquitäten sowie moderne und zeitgenössische Kunst – ein optimaler Rahmen für die Sektion Kunstrat, die in ihrer Gesamtheit alle Facetten des deutschen Kunstbetriebs abbildet. Bevor im Folgenden Schlaglichter auf die Aktivitäten der einzelnen Mitgliedsverbände im Jahr 2006 geworfen werden, noch ein Wort zur Debatte über den Deutschen Kulturrat, die im letzten Jahr im Nachhall einer Mitgliederversammlung entbrannt ist. Die hier von einem Mitglied des Kunstrates formulierte scharfe Kritik an der vermeintlich undemokratischen Arbeitsweise des Kulturrates kam ihrerseits auf undemokratischem Wege, nämlich ohne vorherige Diskussion in der Sektion Kunstrat zustande. Es hat sich hierbei also um eine Einzelmeinung und nicht um ein Statement des Kunstrats in seiner Gesamtheit gehandelt. Grundsätzlich

Fortsetzung von Seite 32

begleiten die Mitglieder des Kunstrats die Aktivitäten des Kulturrates in diversen Gremien durch konstruktiv-kritische Mitarbeit.

Der Kunstrat lässt sich unschwer in drei Gruppierungen einteilen: in die Verbände der Urheber bzw. Künstler, die Verbände der Vermarkter – also des Kunsthandels sowie die Verbände der Institutionen.

Die Künstlerverbände

Die Internationale Gesellschaft der Bildenden Künste berät bildende KünstlerInnen über internationale Ausstellungs- und Fördermöglichkeiten; sie hat im letzten Jahr eine Publikation zur europäischen Kunsthochschulreform erarbeitet. „Reality Check – who is afraid of master of arts?“ ist soeben erschienen. Auch die beratende Tätigkeit des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler hat sich in einem Handbuch manifestiert: „ProKunst“ enthält in seiner vierten Auflage allerhand Musterverträge und praktische Informationen über Künstler- und Urheberrechte. Auch hat der BBK im Rahmen des Gabriele-Münter-Preises eine Ausstellung organisiert, die Anfang 2007 im Berliner Martin-Gropius-Bau mit Werken von 40 zeitgenössischen Künstlerinnen eröffnet wurde. Ausschließlich Künstlerinnen gilt auch die Aufmerksamkeit der GEDOK, die ihre Gründung vor 80 Jahren durch die große Frauenrechtlerin Ida Dehmel mit einem dreitägigen Veranstaltungsprogramm in Hamburg gefeiert hat. Der Bundesverband Kunsthandwerk versteht sich traditionell nicht nur als beratende Instanz, sondern entwickelt für seine Mitglieder auch Ausstellungen und Verkaufsmessen im In- und Ausland. Der Radius reicht hierbei bis nach New York, Moskau und Tokio. Große Hoffnungen werden auf die neue, anspruchsvolle Kunsthandwerk- und Design-Messe „Mind and Matter“ gesetzt, die im kommenden Juni erstmals in Luxemburg ihre Tore öffnet. Auch das Internationale Künstlergremium überschreitet die Grenzen Deutschlands und hat für 2007 in Wien eine Tagung mit der dortigen Akademie der Künste konzipiert. Die Veranstaltung soll eine Plattform für intensive Diskussionen und Begegnungen von österreichischen und slowakischen Künstlern abgeben. Mit dem Brückenschlag Wien – Bratislava soll eine alte Wegstrecke reanimiert werden mit dem Ziel, Stereotypen und Vorurteile über die Geltung von „West- und Ostkunst“ abzubauen. Der Deutsche Künstlerbund schließlich verfügt in Berlin über einen eigenen Projektraum, in dem er ein viel beachtetes Programm mit Vorträgen und Ausstellungen durchführen kann; im vergangenen Jahr hat er zudem einen ständigen Sitz im Sachverständigenkreis der Bundesregierung zur Kunst am Bau erhalten.

Die Kunstmarktverbände

Der Bundesverband Deutscher Galerien hat mit Rudolf Zwirner als Art Cologne-Preisträger einen Doyen der Galerienszene gewürdigt, der auch als Organisator und Impulsgeber für Institutionen viel Positives zur Kunstvermittlung in Deutschland beigetragen hat. Der Cologne Fine Art-Preis des Bundesverbandes Deutscher Kunstverleger ging hingegen an einen Künstler – Dieter Krieg – für dessen exceptionelles graphisches Werk. Dem Verband ist es zudem gelungen, eine Messe für zeitgenössische Kunst mit einer Antiquitätenmesse zu fusionieren. À propos Fusion: Galeristen und Kunstverleger haben erste Schritte für ihre Vereinigung unternommen.

Ausschlaggebend war die Idee, die gemeinsamen Interessen zu bündeln und somit zu stärken; im Laufe dieses Jahres soll die Fusion vollzogen sein. Auch der Verband Deutscher Antiquare beschreitet neue Wege grenzüberschreitender Zusammenarbeit: er hat vor, mit seinen österreichischen und schweizerischen Kollegen ein gemeinsames Internetportal zu eröffnen. Auch bei den eher an klassischer und älterer Kunst orientierten Verbänden tut sich einiges. So hat der Bundesverband des Deutschen Kunst- und Antiquitätenhandels seine Mitgliederkommunikation erheblich intensiviert – u.a. ausgelöst durch die kunsthandelsfeindliche Umsetzung der UNESCO-Kulturgutschutzkonvention – und konnte dadurch ad hoc einen ungewöhnlichen Zuwachs an neuen Mitgliedern verzeichnen. Der Verband Deutscher Kunstversteigerer hat nunmehr ebenfalls, wie vielfach gefordert, „ethische Richtlinien“ für seine Mitgliedsfirmen aufgestellt und der Deutsche Kunsthandelsverband arbeitet auf seinen ersten Kunst- und Antiquitätenkongress hin, der im Sommer in Bamberg mit der Fragestellung stattfinden wird, durch welche neuen Wege sich ein junges Publikum am besten zur alten Kunst führen lässt.

Die Institutionen

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine hat unter dem Titel „Crosskick“ Ausstellungen und Workshops von und mit jungen KünstlerInnen aus zwanzig europäischen Kunsthochschulen in dreizehn Kunstvereinen organisiert. Eine Entdeckungsreise quer durch die zeitgenössische künstlerische Produktion bietet neuerdings auch der Jahressgaben-Pool, der auf der Website des ADK freigeschaltet wurde. „Museen gestalten Zukunft – Perspektiven der Museen im 21. Jahrhundert“ – so lautete der Titel der letztjährigen Tagung des Deutschen Museumsbundes, die in Leipzig mit hochkarätiger Besetzung stattfand. Natürlich haben die Ereignisse rund um den beabsichtigten Verkauf eines Monet-Bildes durch ein Krefelder Museum auch den Museumsbund nicht unberührt gelassen und hier zu einer Debatte über die „Monetarisierung von Sammlungen“ geführt. Dürfen Museen Kunstwerke verkaufen? Dürfen Museumsbestände als Vermögenswerte evaluiert und in Staatshaushalte eingestellt werden? Fragen, die angesichts knapper Kassen sicher keine kurze Halbwertszeit haben werden. Die Deutsche Sektion von ICOM - International Council of Museums setzt ihre Schwerpunkte verstärkt auf die Bereiche kulturelle Vielfalt und Kulturgüterschutz; ihre diesjährige Generalkonferenz in Wien läuft unter dem Thema „Museums and Universal Heritage“. Der Verband Deutscher Kunsthistoriker forciert seine Bemühungen um die Aufnahme freiberuflich arbeitender Kunsthistoriker in die Künstlersozialkasse. Ein weiteres Augenmerk lag auf den Vorbereitungen des 29. Deutschen Kunsthistorikertags, der im März dieses Jahres an der Universität zu Regensburg stattfand und dessen Schwerpunkt auf aktuelle Fragen der Denkmalpflege fokussiert war. Last but not least – der Kunstrat ist hocherfreut über einen interessanten Neuzugang: den Bundesverband der Fördervereine Deutscher Museen für Bildende Kunst mit Sitz in Hamburg. Die hier zusammengeschlossenen Fördervereine von bisher rund 40 renommierten Kunstmuseen zählen insgesamt 60.000 Kunstfreunde! Bürgerschaftliches Engagement, kulturelle Bildung und Förderung der Künste sind die Dreh- und Angelpunkte dieses Dachverbandes, den man erfinden müsste, wäre er 2003 nicht schon gegründet worden.

Birgit Maria Sturm, Sprecherin und Geschäftsführerin des Kunstrates ■

Rat für Baukultur

Auch 2006 war die Errichtung der Bundesstiftung Baukultur ein der wichtiges Thema des Rates für Baukultur. Inzwischen hat sich unter Vorsitz von Dr. Engelbert Lütke Daldrup – Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen – der vorläufige Stiftungsrat der Bundesstiftung Baukultur konstituiert. Vollständig besetzt sein wird der Stiftungsrat jedoch erst, wenn der Konvent der Baukultur aus seiner Mitte fünf Mitglieder für den insgesamt 13-köpfigen Stiftungsrat bestimmt hat. Die Wahl findet im Rahmen eines öffentlichen Konvents der Baukultur am 21. September 2007 in Potsdam statt. Wahlberechtigt werden rund 250-300 Konventsmitglieder sein, die sich zur einen Hälfte aus dem Umfeld von 57 Preisen der Baukultur rekrutieren und zur anderen Hälfte aus sonstigen Erfahrungsträgern der Baukultur.

Der Rat für Baukultur hat das Entstehen der Bundesstiftung Baukultur aufmerksam begleitet und publizistisch unterstützt (s. Artikel „Bundesstiftung Baukultur geht nach Potsdam“, in: puk 1/07, S 27). Im Rahmen einer Mitgliederversammlung des Rates für Baukultur fand ein Gespräch mit Silja Schade-Bünsow – Geschäftsführerin des Fördervereins Bundesstiftung Baukultur – statt, das dem Informationsaustausch und der weiteren Vernetzung der Akteure der Baukultur diente.

Neben der Bundesstiftung Baukultur konzentrierte sich der Rat für Baukultur 2006 auf die Erarbeitung einer Stellungnahme zum Stadtbau, die der Sprecherrat des Deutschen Kulturrates am 13. März 2007 verabschiedete. Unter der Überschrift „Stadtbau als bauliche und freiräumliche Kulturleistung“ fordert die Stellungnahme ein neues Leitbild für die Städte der Zukunft, integrierte Planungs- und bürgerorientierte Politikansätze ein. Grundlage für die interdisziplinäre Sicht, die die Stellungnahme auf den Stadtbau eröffnet, ist das breite Spektrum der im Rat für Baukultur vertretenen Verbände und Institutionen. So war es möglich, fundierte Erfahrungen aus den Bereichen Stadtplanung und Landschaftsarchitektur, Hochbau und Innenarchitektur, Ingenieurbaukunst und Denkmalpflege zu bündeln.

Die Stellungnahme ermuntert eine offensive Diskussion über das Modell der europäischen Stadt, den Wert des baulichen Erbes im Umbauprozess, den Zuwachs an Landschaft und die Disparitäten zwischen einzelnen Regionen. Die Stellungnahme benennt außerdem fünf Handlungsbereiche, in denen politische Maßnahmen vordringlich sind: 1. Integrierte Stadtentwicklungskonzepte voranbringen, 2. Fördermittel gezielt bündeln, 3. Einseitige Anreize zum Wohnungsabriss stoppen, 4. Visionäre Freiraumkonzepte umsetzen und 5. Bürgerschaftliches Engagement stärken. Der vollständige Text der Stellungnahme findet sich in dieser Ausgabe. An dieser Stelle sei ausdrücklich all den Verbänden gedankt, die den wesentlichen Input für die Stellungnahme geliefert haben: dem Bund Deutscher Architekten, dem Bund Deutscher Innenarchitekten, dem Bund Deutscher Landschaftsarchitekten, der Bundesarchitektenkammer, der Bundesingenieurkammer, der Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftskultur, der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger, der Vereinigung Freischaffender Architekten und der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung.

In die übergreifende Diskussion zu Auswärtiger Politik und Kultur brachte sich der Rat für Baukultur mit dem Artikel „Jenseits klassischer Res-

sorts. Baukultur und auswärtige Politik“ ein, erschienen in: puk 4/06, S. 12.

Auf der Agenda des Rates für Baukultur standen 2006 außerdem die kulturelle Bildung, insbesondere die gleichberechtigte Berücksichtigung von Baukultur in Kindergärten, Schulen und Erwachsenenbildung, die UNESCO-Konvention zum Schutz kultureller Vielfalt und die Initiative Hören. Ein Überblick zum aktuellen Stand von „Baukultur macht Schule“ erschien Ende 2006 in dem Buch „Kinder_Sichten. Städtebau und Architektur für und mit Kindern und Jugendlichen“.

Die Mitglieder des Rates für Baukultur arbeiteten 2006 schließlich kontinuierlich in den Gremien des Deutschen Kulturrates mit. Im Mai 2006 führte der Rat für Baukultur turnusgemäß Sprecherwahlen durch. Daraus gingen Dr. Katrin Bek (Vereinigung der Landesdenkmalpfleger) und Dr. Claudia Schwalfenberg (Bundesarchitektenkammer) als Sprecherinnen hervor, Wolfgang Esser (Vereinigung Freischaffender Architekten) und Jost Hähnel (Bundesingenieurkammer) als stellvertretende Sprecher. Im Juli 2006 gab der Rat für Baukultur eine aktualisierte Neuauflage seines Imageflyers heraus.

Claudia Schwalfenberg, Sprecherin und Geschäftsführerin des Rates für Baukultur ■

Sektion Design

Wie auch in den vergangenen Jahren konzentrierte sich die Arbeit der Sektion Design, die allein vom Deutschen Designertag inklusive seiner Mitgliedsverbände gebildet wird, auf die Wahrnehmung der Interessen der Designer im Deutschen Kulturrat. Von den in diesem Zeitraum durchgeführten Aktivitäten des Kulturrates, insbesondere auch seiner Ausschüsse an denen die Sektion Design beteiligt ist, wurde und wird an anderer Stelle berichtet.

Ein wichtiges Thema, das den Kulturrat und die Sektion Design schon lange beschäftigt und auch weiter beschäftigen wird, ist das Thema der sozialen Sicherung. Im Berichtszeitraum ging es um die Novellierung des Künstlersozialversicherungsgesetzes (KSVG). Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang, speziell für die Profession der Designer, ist das Thema der 1-Personen-GmbHs. In zunehmendem Maße werden Künstler/Publizisten von ihren Auftraggebern massiv gedrängt und genötigt, ihre selbständige Tätigkeit in Form einer 1-Personen-GmbH auszuüben. Der Grund dafür ist, dass der Auftraggeber und eigentlich abgabepflichtige Unternehmer dann von der Zahlung der Künstlersozialabgabe (KSA) befreit ist und der Künstler/Publizist die KSA selbst tragen muss. Die Umwandlung der Rechtsform der Berufsausübung der Künstler/Publizisten von einer freiberuflich selbständigen Tätigkeit in die einer GmbH erfolgt in der Regel nicht aus eigenem Antrieb des Versicherten sondern auf Druck eines oder mehrerer seiner Auftraggeber. Das führt zu der absurden Situation, dass dann der Künstler/Publizist, also der Versicherte selbst, die KSA tragen muss. Das KSVG, mit dem gerade der alleinarbeitende Künstler/Publizist geschützt werden soll, wird dadurch teilweise ad absurdum geführt. Hier kommt es deshalb auch zu einer Wettbewerbsverzerrung gegenüber Künstlern/Publizisten, die freiberuflich und nicht in Form einer GmbH arbeiten. Leider wurden der diesbezügliche Vorschlag des Designertages bei der Novellierung nicht berücksichtigt. Der Designertag wird diesen Punkt jedoch weiter verfolgen.

Von den weiteren Aktivitäten der Sektion Design/Deutscher Designertag soll hier stellvertretend eine Tagung aufgeführt werden. Vom 29.

September bis zum 1. Oktober 2006 fand in der Evangelischen Akademie Loccum die Tagung „Ein Grünes Bauhaus?“ statt. Im Mittelpunkt stand dabei das Thema „Nachhaltigkeit, oder die Zukunft der Entwicklung der Lebenswelt und die Gestaltung ihrer Objekte“. In der Umweltpolitik in Deutschland werden soziale, kulturelle und institutionelle Faktoren bereits in den Blick genommen, nicht jedoch die Auswirkungen des Design von Produkten auf die Umwelt.

Dem Nutzen von Produkten stehen Umweltbeeinträchtigungen gegenüber, die im gesamten Lebenszyklus eines Produktes aus den vielfältigen Herstellungs-Nutzungs-Recycling- und Entsorgungsprozessen entstehen. Umweltgerechte Gestaltung ist daher der entscheidende Schlüssel zu einer nachhaltigen Gesellschaft. Ziel der Tagung war es, mehr Transparenz über Zusammenhänge zu ermöglichen, die Konstruktion der Lebenswelten der Bevölkerung umweltpolitisch zu thematisieren und programmatische Positionen eines „Grünen Bauhauses“ zu formulieren. Der Deutsche Designertag war Mitveranstalter dieser Tagung, über die in dieser Ausgabe an anderer Stelle ausführlich berichtet wird. Eine weitere Tagung zu diesem Thema wird vom 1. bis zum 3. Juni 2007 ebenfalls in Loccum stattfinden. (www.loccum.de)

Im Berichtszeitraum traten dem Designertag drei weitere Berufsverbände bei. Es handelt sich dabei um den „BDG: Bund Deutscher Grafik-Designer“ (www.bdg-designer.de), das „Forum für Entwerfen“ (www.forum-entwerfen.de) sowie den VDMD Verband Deutscher Mode- und Textil-Designer“ (www.fashiondesign.de). Weitere Informationen über diese Verbände sind auf deren Homepages bzw. auf der Homepage des Designertages www.designertag.de abrufbar. Im Rahmen der Homepage des Designertages ist auch der Newsletter des Designertages, die „DT Informationen“ zu finden.

Kai Ehlert, Sprecher und Geschäftsführer der Sektion Design ■

Sektion Film und Medien

In der vergangenen Berichtsperiode hat es aus unterschiedlichen Gründen keine gemeinsamen Sitzungen aller Sektionsmitglieder gegeben. Die Zusammenarbeit einzelner Sektionsmitglieder erfolgte bei konkreten Anlässen fachspezifischer Art. Die gegenseitige Information erfolgte per E-Mail bzw. über die einschlägigen Publikationen der Verbände.

Der Sektion gehören zur Zeit die nachfolgenden Mitgliedsverbände an:

1. Bundesvereinigung des Deutschen Films e.V. (BUFI)
2. ver.di, Fachgruppe Rundfunk/Film/Audiovisuelle Medien
3. Bundesverband der mittelständischen Fernsehanbieter e.V. (BMF)
4. Arbeitsgemeinschaft Dokumentarfilm (agdok)
5. Bundesverband der Fernseh- und Filmregisseure in Deutschland e.V.(BVR)
6. Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V. (SPIO)
7. Bundesverband Kamera (BvK)
8. Verband deutscher Drehbuchautoren (VDD)
9. Bundesverband kommunale Filmarbeit

Die jeweiligen Aktivitäten der Mitgliedsverbände sind auf den Homepages bzw. in einschlägigen Veröffentlichungen dokumentiert.

Fortsetzung von Seite 33

Sektionssprecher sind Heinrich Bleicher-Nagelsmann (ver.di) und Detlef Roenfeldt (BVR). Stellvertretende Sprecher/Sprecherin sind Rolf Zitzlsperger (BMF) und Anna Fantl (BuFi).

Heinrich Bleicher-Nagelsmann, Sprecher und Geschäftsführer der Sektion Film und Medien ■

Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung

Der Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung hat sich im Berichtszeitraum schwerpunktmäßig mit dem Thema demografischer Wandel befasst. Der demografische Wandel berührt die Arbeit aller im Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung zusammengeschlossenen Verbände bzw. die von ihnen vertretenen Institutionen. Neben der Erarbeitung einer eigenständigen Stellungnahme wurde intensiv an der Stellungnahme des Deutschen Kulturrates „Kulturelle Bildung: Eine Herausforderung durch den demografischen Wandel“ mitgearbeitet. Ebenso haben Mitglieder des Rates für Soziokultur und kulturelle Bildung in den Fachausschüssen des Deutschen Kulturrates mitgewirkt und die Erfahrungen und Interessen dieses Bereiches eingebracht.

Der Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung führte am 21.03.2006 eine Mitgliederversammlung durch. Sprecher des Rates für Soziokultur und kulturelle Bildung waren im Berichtszeitraum: Prof. Dr. Max Fuchs, Andreas Kämpf; Stellvertretende Sprecher: Dr. Karl Ermert, Dr. Norbert Sievers. Die Geschäfte wurden von Hildegard Bockhorst geführt.

Im Folgenden wird das am 18.01.2007 beschlossene Positionspapier des Rates für Soziokultur und kulturelle Bildung „Kultur und demografischer Wandel – Konsequenzen für kulturelle Bildung und Soziokultur“ zusammengefasst. Das vollständige Papier kann beim

Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung angefordert werden. Es ist zu finden und herunterzuladen unter <http://www.ibk-kultur.de/senioren;> oder unter <http://www.bundesakademie.de/publikationen.htm> unter „Kultursachen“.

Das Positionspapier skizziert zunächst in differenzierter Weise die inzwischen bekannte Ausgangslage: Die Bevölkerung in Deutschland wird kollektiv älter, durch Zuwanderung verschiedener ethnischer Gruppen kulturell unterschiedlicher, also „bunter“ – und trotzdem weniger. Das führt zu vielerlei und tiefgreifenden Herausforderungen an die gesellschaftlichen und politischen Akteure, auch im Bereich von Kultur, kultureller Bildung und Kulturpolitik. Alle Altersgruppen sind betroffen, alle sozialen Gruppen sind betroffen.

Das Papier konzentriert sich auf die Aspekte der strukturellen Alterung und der Multikulturalisierung der Gesellschaft. Die Generallinie heißt: Der Zuwachs von Lebenszeit ist eine Errungenschaft, ihre Wandlung in Lebensqualität eine zentrale Aufgabe auch von Kultur und Bildung. Die neue Situation darf nicht dazu führen, benachteiligte Gruppen, ob jung oder alt, zu vernachlässigen. Solidarität zwischen den Generationen, aber auch zwischen den Regionen darf nicht aufgegeben werden.

Die zentralen Thesen des umfangreichen Papiers sind:

These 1 Das Bild vom Alter muss theoretisch und praktisch revidiert werden: Ältere müssen in ihren Potenzialen wahrgenommen werden. Ältere müssen ihre Potenziale einbringen. Ältere müssen so differenziert wahrgenommen werden, wie sie sind.

Die Gesellschaft kann es sich nicht leisten, auf das soziale, kulturelle und ökonomische Potenzial der Älteren zu verzichten. Ebenso wie die Älteren die Jüngeren brauchen, brauchen die Jüngeren zunehmend die Älteren. Die – dazu fähigen – Älteren werden insoweit nicht nur als Konsumgruppe umworben werden, sondern auch als Kompetenz- und Engagementpotenzial. Sie werden aber nicht nur umworben werden, sie müssen auch mehr Pflichten übernehmen, für sich selbst, für ihre Al-

tersgenossen und für die Gesellschaft im Ganzen. Insoweit richtet sich die Forderung nach einem Perspektivwechsel nicht nur an die Jüngeren, sondern auch an die Älteren. Viele sind dazu auch schon bereit.

Die Älteren müssen immer so differenziert wahrgenommen werden, wie sie sind. Die sozialen, ökonomischen und kulturellen Unterschiede in der Bevölkerung im Allgemeinen werden nicht mit der Zunahme des Lebensalters eingeebnet. Lebenslage und Leistungspotential der „jungen“ Alten zwischen 55 und 70 stellen sich anders dar als in den Phasen der Hochaltrigkeit zwischen 70 und 80 Jahren oder in den Phasen der Hochbetagtheit jenseits der 80 oder gar 90 Jahre.

These 2 Der alterungsstrukturelle Wandel verbindet sich mit dem multikulturellen Wandel. Kulturelle Teilhabe und kulturelle Bildung sind eine zentrale Antwort auf die Herausforderungen der multikulturellen Gesellschaft.

Die Zuwanderung von Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund bedeutet Herausforderungen für die Mehrheitsgesellschaft ebenso wie für die Immigranten. Das Zusammenleben verschiedener Kulturen und Ethnien ist nicht nur Gegenstand von Sozialpolitik, sondern vor allem von Bildungs- und Kulturpolitik. Im Medium von Kunst und Kultur werden der interkulturellen Dialog und innergesellschaftliche Integrationsprozesse gefördert. Kulturorte werden zu Lernorten interkultureller Kompetenz.

Im neoliberalen Paradigma der finanziellen Ordnungspolitik sind alle öffentlichen Aufgaben unter immensen Rechtfertigungsdruck geraten. Dies betrifft zumal die Kultur Ausgaben im Verständnis einer sogenannten freiwilligen Leistung der öffentlichen Hand. Gleichzeitig wächst der Bedarf an den Leistungen, die der Kulturbereich erbringt. Dies gilt insbesondere für die Einrichtungen der Soziokultur und der kulturellen Bildung.

Die demografischen Veränderungen verlangen von Kunst und Kultur die Entwicklung von kultureller Bildung als Zukunftsressource für gesellschaftliche Partizipation und als

Beitrag zur interkulturellen Qualifizierung von Politik und Gesellschaft. Ein Perspektivenwechsel von der Angebots- zur Nachfrageorientierung schätzt die potenziellen NutzerInnen als PartnerInnen wert und bezieht sie ein. Auf allen diesen Feldern verfügen Soziokulturelle Zentren, Einrichtungen der kulturellen Bildung sowie ihre Verbände und Netzwerke über umfangreiche Kompetenzen und langjährige Erfahrung, auf denen aufgebaut werden kann. *These 3 Alle Altersgruppen haben den gleichen Anspruch und ein eigenes Recht auf kulturelle Aktivitäten und kulturelle Bildung. Intergenerationelle und generationsspezifische Angebote sind gleichermaßen wichtig.*

Kulturelle Bildung und aktive Kulturnutzung sind Wege, das Erfahrungs- und Integrationspotenzial der Generationen und Kulturen zu verbinden. Dafür muss lebenslanges Lernen adäquat zur biografischen Situation gestaltet werden. Dafür müssen gemeinsame und eigene Bildungs- und Kulturbedürfnisse von Älteren wie Jüngeren berücksichtigt werden. Dafür müssen gemeinsame kulturelle Handlungs- und Erfahrungsfelder der Generationen identifiziert und erschlossen werden. D. h.: Kulturelle Bildung für Jüngere muss qualitativ verbessert und gesichert, Zugänge und Angebote für Ältere müssen weiter und teils neu entwickelt werden.

These 4 Ressourcen des bürgerschaftlichen Engagements sind zu nutzen und auszubauen.

Vielfach organisieren ältere wie jüngere Menschen ihre kulturellen Interessen und Bildungsinteressen selbst. Erhalt und Aufbau solcher Strukturen für Integration und Partizipation muss öffentlich gefördert und stabilisiert werden. Die damit verbundenen Aufgaben können nicht im Alltag der Profis „en passant“ erledigt werden, sondern sind so komplex, dass dazu verlässliche Rahmenbedingungen, Experimentiermöglichkeiten, Supervision und Evaluation notwendig sind.

These 5 Ältere und jüngere Migrantinnen und Migranten haben ein Recht auf Teilhabe an Kultur und kultureller Bildung ihrer eigenen wie

der Mehrheitskultur. Das ist eine Chance für die gesamte Gesellschaft. Die praktischen Voraussetzungen dafür sind noch zu schaffen.

Kaum entwickelt sind derzeit noch Angebote kultureller Bildung für ältere ebenso wie jüngere Menschen aus weniger bildungs- und kulturnahen Kreisen. Dazu gehört auch die bisher nur punktuell entwickelte Orientierung auf die wachsende Zahl älterer Migrantinnen und Migranten. Der Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen und internationalen Erfahrungen sollte verbessert werden. *These 6 Auch Kultur- und Kreativwirtschaft muss die Potentiale Älterer sehen und integrieren.*

Die oben beschriebene neue Perspektive auf die Älteren – als Arbeitnehmer, als Produzenten und als Abnehmer (Konsumenten) – muss in Kultur- und Kreativwirtschaft ebenso gefunden und umgesetzt werden wie in der gesamten Gesellschaft. Damit auch in der Kultur- und Kreativwirtschaft qualitativ hochwertige Produkte und Arbeitsplätze entstehen, sind entsprechende Innovationsstrategien zu erforschen, zu fordern und zu fördern.

These 7 Demografischer Wandel braucht ressortübergreifende politische Antworten.

Gesellschaftliche Aufgaben und Probleme richten sich nicht nach Ressortgrenzen. Die beschriebenen Herausforderungen betreffen neben Kultur- und Bildungspolitik auch Wirtschafts- und Sozialpolitik. So wie die Arbeit der Akteure eine integrative ist und sein muss zwischen den Feldern von Kultur, Bildung, Sozialem und Wirtschaft, so muss auch deren Unterstützung durch Politik und Administration sehr viel besser als jetzt ressort- und ebenenübergreifend erfolgen, gerade im Interesse von mehr Effizienz und Nutzung positiver Synergieeffekte. Die Akteure können ihre Aufgaben optimal nur erfüllen, wenn die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen es ihnen ermöglichen.

Hildegard Bockhorst, Geschäftsführerin des Rates für Soziokultur und kulturelle Bildung ■

Vertretung des Deutschen Kulturrates in externen Gremien

Vertreter des Deutschen Kulturrates vertreten in verschiedenen externen Gremien die Anliegen der Mitgliedsverbände des Deutschen Kulturrates und damit des kulturellen Lebens in Deutschland. Über die Tätigkeit in den Gremien wird regelmäßig im Sprecherrat des Deutschen Kulturrates berichtet und dadurch eine Rückbindung an die Sektionen des Deutschen Kulturrates gewährleistet. Im Folgenden wird die Arbeit der Vertreter des Deutschen Kulturrates in ausgewählten Gremien vorgestellt.

Deutsche UNESCO-Kommission

In der Deutschen UNESCO-Kommission e.V. (DUK) bin ich zum einen persönlich berufenes Mitglied, zum anderen – und hierum geht es in diesem Bericht – seit einigen Jahren Mitglied des Kulturausschusses. Meine beiden Arbeitsschwerpunkte waren über die Jahre dieselben: Begleitung der Konvention zur kulturellen Vielfalt und Weltkonferenz zur künstlerischen Bildung. Letztere hat im März 2006 in Lissabon stattgefunden. Ein ausführlicher Bericht („Rückenwind für kulturelle Bildung“) wurde u.a. in puk veröffentlicht. Für den Deutschen Kulturrat habe ich die Konzeption kulturelle Bildung vorgestellt. Dabei hat es interessierendes Erstaunen hervorgerufen, dass eine zivilgesellschaftliche Organisa-

tion sich in einem derart als staatlich-hoheitliche Aufgabe verstandenen Politikfeld wie Bildungspolitik so qualifiziert in die Debatte einmischt. Das Bedauern war allerdings groß über die Tatsache, dass der Text nur auf Deutsch vorlag. Eine englischsprachige Kurzfassung wäre durchaus wünschenswert. Eine handgreifliche Folge der Konferenz ist eine verstärkte Konzentration auf die Frage der Wirkungen von künstlerischer Bildungsarbeit. Hierzu fanden inzwischen weitere internationale Konferenzen statt: Die OECD organisierte einen entsprechenden Workshop im Dezember 2006 in Paris, im Januar lud das französische Erziehungsministerium in das Centre Pompidou ein. Im Mai wird unter Federführung von Bayern eine Expertenkonferenz zum Thema einer möglichen Evaluierung künstlerischer Schulfächer („Kultur-PISA“) stattfinden.

Die Konvention (genau: Das Übereinkommen über Schutz und Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen) ist inzwischen vom Bundestag und Bundesrat angenommen worden. Da die Anzahl der Staaten, die es ratifiziert haben, schnell die notwendige Anzahl von 30 überschritten hat, wurde es Mitte März 2007 vom UNESCO-Generaldirektor in Kraft gesetzt. Es kommt nun darauf an, die nationale Umsetzung zu begleiten. Dazu gehört, dass weiterhin enge Kontakte mit internationalen Diskursen aufrechterhalten werden, wie dies vor-



Der alte und neue Vorstand des Deutschen Kulturrates (v.l.): Dr. Claudia Schwalfenberg, Christian Höppner, und Prof. Dr. Max Fuchs. Foto: Stefanie Ernst

bildlich durch die Geschäftsstelle der Deutschen UNESCO-Kommission geschieht. Es kommt allerdings auch darauf an, auf nationaler Ebene kulturpolitische Schlussfolgerungen zu ziehen. Hierfür wird weiterhin die Bundesweite Koalition ein Forum des Austauschs bieten. Zusätzlich werden

sich alle Akteure in ihrem eigenen Handlungsfeld eigenständig an die Arbeit machen müssen. Dies gilt selbstverständlich auch für den Deutschen Kulturrat, der für die zivilgesellschaftliche Seite der deutschen Kulturpolitik einen legitimierten Handlungsauftrag hat und sich daher die-

ser besonderen Verantwortung nicht entziehen kann.

Max Fuchs, Vorsitzender des Deutschen Kulturrates ■

Fortsetzung von Seite 34

Beirat der Kulturstiftung des Bundes

Der Deutsche Kulturrat hat einen Sitz im Beirat der Kulturstiftung des Bundes. Dieser Beirat hat beratende Funktion. Er trifft sich einmal im Jahr. Ist die Terminwahl für dieses Treffen ungünstig, so dass eine Anwesenheit nicht möglich ist, dann zeigt sich die vom Deutschen Kulturrat immer wieder beklagte Schwäche dieser Konstruktion besonders deutlich: Es gibt nämlich kaum eine weitere Möglichkeit der Beratung und/oder sogar Einflussnahme. Immerhin lädt die Kulturstiftung des Bundes bei neuen Aufgabenfeldern Experten zu speziellen Beratungen ein, so etwa zum Thema Evaluation oder Kulturelle Bildung. Gerade zum letzten Thema ist die Stiftung mit der Initiative „Jedem Kind ein Instrument“ hervorgetreten, die auch ein Beiratsmitglied – vermutlich aufgrund der oben geschilderten Situation – letztlich nur aus der Presse hat zur Kenntnis nehmen konnte. Es ist ein aufwändiges und teures Projekt, das aufgrund der Schwerpunktsetzung „Kulturelle Bildung“ zu begrüßen ist, ebenso wie andere geförderte Projekte, v.a. in sozialen Brennpunkten (z.B. Bunny Hill in München). Es ist allerdings auch ein Projekt mit einigen Problemen für die Praxis der kulturellen Bildungsarbeit, nicht zuletzt deshalb, weil die Gefahr besteht, dass nunmehr die Mittel für kulturelle Bildung auf Jahre gebunden sind. So schmerzt es durchaus, dass es nur eine einzige Kunstsparte ist, die berücksichtigt wurde.

Max Fuchs, Vorsitzender des Deutschen Kulturrates ■

Haus der Geschichte

Der Arbeitskreis gesellschaftliche Gruppen der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in dem der Deutsche Kulturrat durch seine stellvertretende Vorsitzende Dr. Claudia Schwalenberg vertreten ist, traf sich 2006 zwei Mal: am 29. Mai und am 14. November. In beiden Sitzungen beschäftigte sich der Arbeitskreis intensiv mit den Aktivitäten des Hauses der Geschichte, wobei jeweils aktuelle Ausstellungsprojekte im Vordergrund standen.

Besonders intensiv diskutierte der Arbeitskreis die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“, die erst im Haus der Geschichte in Bonn, dann im Deutschen Historischen Museum in Berlin und schließlich im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig zu sehen war. Der Anlass war auch öffentliche Kritik, vor allem der Frauenorganisation Medica mondiale, sexuelle Gewalt gegen Frauen im Zusammenhang mit Flucht und Vertreibung werde in der Ausstellung nicht angemessen berücksichtigt. Das Thema wurde daraufhin für die Berliner Station vertieft. Des Weiteren gab es eine entsprechende Veranstaltungsreihe in Leipzig. Wichtige Fragestellungen, mit denen sich der Arbeitskreis gesellschaftliche Gruppen außerdem beschäftigte, waren die Darstellung der Geschichte der DDR, die Überarbeitung der Dauerausstellung im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig, deren Neueröffnung für den 9. Oktober 2007 geplant ist, und die Errichtung eines „Sichtbaren Zeichens“ zum Gedenken an das Unrecht von Vertreibung in Berlin.

Insgesamt konnte der Arbeitskreis eine beeindruckende Fülle von Aktivitäten des Hauses der Geschichte mitverfolgen, die wissenschaftliche Seriosität gekonnt mit der Ansprache breiter Publikumschichten verbinden. Aus Sicht des

Deutschen Kulturrates ist dabei besonders erfreulich, dass das Haus der Geschichte bei der Vermittlung historischer Inhalte stark auf die Künste, zum Beispiel die Musik, setzt – ein äußerst fruchtbarer Ansatz, der durch den Rückgriff auf ein breiteres Spektrum an Künsten weiter profiliert werden sollte.

Auch personell ist das abgelaufene Jahr für das Haus der Geschichte spannend gewesen: Ende Januar 2006 schied der Präsident der Stiftung, Prof. Dr. Hermann Schäfer, nach nahezu 19 Jahren aus der Stiftung aus. Seither leitet er als Ministerialdirektor die Abteilung Kultur und Medien beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Deshalb führt der langjährige Vertreter des Präsidenten, Dr. Hans Walter Hütter, seit Anfang Februar 2006 kommissarisch die Stiftung. Über seinen Vorsitzenden Prälater Dr. Karl Jüsten ist der Arbeitskreis gesellschaftliche Gruppen in die Wiederbesetzung der Stelle eingebunden.

Claudia Schwalenberg, Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Kulturrates ■

Programmausschuss von RTL

Durch die Geschäftsführung wurde dem Programmausschuss von RTL unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Hilmar Hoffmann die Entwicklung des RTL-Programms und der Marktanteile berichtet. Trotz einer Steigerung der Marktanteile bei ARD und ZDF durch Fußball-WM und Winter-Olympiade konnte RTL seine Marktführerschaft bei der Zielgruppe zwischen 14 und 49 Jahren behaupten bzw. bislang im Jahr 2007 steigern. Vor allem die neue Staffel von „Deutschland sucht den Superstar“ sowie verschiedene Reality-Formate würden erfolgreich laufen. Eine besondere Entwicklung ist im Bereich der Fiction-Serien zur Primetime festzustellen, wo sich deutsche Produktionen immer schwerer gegen amerikanische Produktionen durchsetzen können.

Der Empfang von RTL teilt sich derzeit zu 55% auf die Ebene Kabel, zu 40% auf die Ebene Satellit und zu 5% auf den terrestrischen Empfang auf. Auch wenn die neuen Verbreitungswege DSL/IP-TV bzw. Mobile in der Wahrnehmung der Presse weit vorne liegen würden, sei deren Nutzung bislang jedoch kaum messbar. Dennoch wird betont, dass es die Strategie des Senders sei auf jedem neuen Verbreitungsweg für die Zuschauer empfangbar zu sein.

Der Fernsehwerbemarkt habe 2006 mit einem Zuwachs von knapp 3 Prozent eine positive Tendenz gezeigt; reiche jedoch noch nicht an das Niveau der Jahre 2000 und 2001 heran.

Der Programmausschuss befasste sich weiterhin mit der gesellschaftlichen Debatte um Sendungen, wie „Deutschland sucht den Superstar“ und der Form, wie in diesem Rahmen Kritik an den Teilnehmern geäußert würde. Während von Seiten des Beirates die Form der Darstellung insbesondere der abgelehnten Kandidaten sowie die Art der Kritikäußerung allgemein als problematisch gesehen wird, betont die Programmleitung, dass die Kritik bei den Beteiligten durchaus richtig, weil in ihrer Sprache, wahrgenommen werden würde. Die Diskussion der Programminhalte soll auch zukünftig im Zentrum des Ausschusses stehen.

Christian Höppner, Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Kulturrates ■

Rundfunkrat Deutsche Welle 2006-2007

Der Deutsche Kulturrat ist im Rundfunkrat der Deutsche Welle durch den Sprecher der Sektion Film und Medi-

Sektion des Deutschen Kulturrats	Sprecherrat des Deutschen Kulturrats Vorstand des Sprecherrates
Deutscher Musikrat	<ul style="list-style-type: none"> • Christian Höppner (Deutscher Musikrat) • Hartmut Karmeier (Deutsche Orchestervereinigung) • Prof. Dr. Udo Dahmen (Percussion Creative) • Prof. Dr. Eckart Lange (Konferenz der Landesmusikräte)
Rat für darstellende Künste	<ul style="list-style-type: none"> • Rolf Bolwin (Deutscher Bühnenverein) • Hans Herdlein (Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger) • Klaus Hoffmann (Bundesarbeitsgemeinschaft Spiel + Theater) • Barbara Wollenberg (Deutscher Bundesverband Tanz)
Deutsche Literaturkonferenz	<ul style="list-style-type: none"> • Dr. Burkhard Kroeber (Übersetzer) • Dr. Georg Ruppelt (Bibliothek und Information Deutschland) • Prof. Dr. Ferdinand Melichar (Verwertungsgesellschaft Wort) • Friedhelm von Notz (Börsenverein des Deutschen Buchhandels)
Kunstrat	<ul style="list-style-type: none"> • Birgit Maria Sturm (Bundesverband Deutscher Kunstverleger) • Ingo Terramanus (ver.di, Fachgruppe Bildende Kunst) • Hans-Wilhelm Sotrop (Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler) • Wolfgang Suttner (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine)
Rat für Baukultur	<ul style="list-style-type: none"> • Dr. Katrin Bek (Vereinigung der Landesdenkmalpfleger) • Dr. Claudia Schwalenberg (Bundesarchitektenkammer) • Dipl. Ing Wolfgang Esser (Vereinigung Freischaffender Architekten) • Jost Hähnel (Bundesingenieurkammer)
Sektion Design	<ul style="list-style-type: none"> • Kai Ehler (Deutscher Designertag) • Henning Krause (Deutscher Designertag)
Sektion Film und Medien	<ul style="list-style-type: none"> • Heinrich Bleicher-Nagelsmann (verd.di Hauptvorstand) • Detlef Rönfeldt (Bundesverband Regie) • Anna Fantl (Bundesvereinigung des Deutschen Films) • Rolf Zitzlsperger (Bundesverband mittelständischer Fernsehanbieter)
Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung	<ul style="list-style-type: none"> • Prof. Dr. Max Fuchs (Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung) • Andreas Kämpf (Bundesvereinigung soziokultureller Zentren) • Dr. Karl Ermert (Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel) • Tobias Knoblich (Kulturpolitische Gesellschaft)
Stand: April 2007	

en, Heinrich Bleicher-Nagelsmann, der auch Vorsitzender des Fachausschusses Medien ist, vertreten.

Im Berichtszeitraum haben drei Sitzungen des Rundfunkrates sowie entsprechend viele Sitzungen des Fernsehausschusses und des Online-Ausschusses der Deutschen Welle stattgefunden in denen Heinrich Bleicher-Nagelsmann ebenfalls Mitglied ist.

Die Aufgabenplanung der Deutschen Welle bzw. ihre Fortschreibung stellt mit zunehmender Präzisierung die wesentliche Grundlage der Arbeit der Deutschen Welle dar. Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens, an dem auch der Deutsche Kulturrat teilgenommen hat, wurde im September 2006 die Endfassung für die Aufgabenplanung 2007–2010 beschlossen. Neben dem Schwerpunkt europäischer Arbeit spielt angesichts der globalen Situation besonders das Engagement der Deutschen Welle im arabischen und chinesischen Raum eine zunehmend wichtigere Rolle. Die Vermittlung und Erläuterung westlicher Wertvorstellungen und die Förderung des Austausches der Kulturen ist seit Anfang 2007 auf den arabischen Raum und insbesondere den Iran gerichtet. Dies gilt für die Ausweitung des online-Angebotes ebenso wie für DW-TV. Wichtigstes Ziel des neuen Angebotes ist es, den Dialog zu fördern und neben unzensurierten Informationen aus und über den Iran eine Rückmeldung über das iranische Image in Europa zu geben und deutsche und europäische Politik in Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur darzustellen. Immer noch nicht abschließend geklärt ist die auf Dauer notwendige ausreichende Finanzierung dieser Programmbestandteile.

Im November 2007 ist ein Abkommen mit China Radio International in Beijing abgeschlossen worden, was die bereits existierende Zusammenarbeit auf eine breitere Grundlage stellt. Besonders hervorzuheben sind Austausch im journalistischen Bereich, die Zusammenarbeit beim digitalen Radio (DRM) und im Hinblick auf die olympischen Sommerspiele.

Schwerpunkte in der Diskussion des Rundfunkrates und aller Ausschüsse war im vergangenen Jahr neben der Fußballweltmeisterschaft die Weiterentwicklung des Programms entsprechend der Aufgabenplanung. Ein wesentlicher inhaltlicher Diskus-

sionsschwerpunkt war in der Novemberbersitzung des Rundfunkrates die Entwicklung internationaler Fernsehprogramme und Neuer Medien. Hier wurde deutlich, in welchem Umfeld sich die Deutsche Welle international behaupten muss und wo Entwicklungsmöglichkeiten und Notwendigkeiten sind. Zur Verstärkung der Position der Deutschen Welle in diesem Zusammenhang muss auch die auf neue vertragliche Grundlagen gestellte Zusammenarbeit mit der ARD und dem ZDF genannt werden. In der Novemberbersitzung des Rundfunkrates ist der Intendant der Deutschen Welle Erik Bettermann vom Rundfunkrat eindrucksvoll in seinem Amt bestätigt und für die nächste Periode wiedergewählt worden.

Neben dem schon traditionell erfolgreichen Beethovenfest ist als kulturelles Highlight die von Kent Nagano dirigierte Aufnahme „Monumente der Klassik“ zu nennen. Besonders erwähnenswert auch in diesem Jahr die Aktivitäten im Zusammenhang mit der Berlinale. Das wachsende Kulturangebot der Deutschen Welle im engeren Sinn findet sich unter dem Label Kultur.21 bzw. der Adresse <http://www.dw-world.de/dw/0,,7884,00.html>. Die Monumente sind auch für deutsche Zuschauer/Zuhörer als DVD-Aufnahmen erhältlich.

Ein weiterer Fortschritt bei der Möglichkeit deutsche Zuschauer zu erreichen, konnte nach der Kooperation mit dem Frankfurter Flughafen durch eine entsprechende Vereinbarung und Präsentation ab März 2007 am Flughafen Tegel erreicht werden. Die Deutsche Welle liefert Nachrichten sowie Sport- und Wetterinformationen für das Airport TV.

Mit dem Start von t-home in einigen Versuchsbereichen, u.a. in Berlin, besteht nun auch eine Möglichkeit, das Programm von DW-TV in der Bundesrepublik zu empfangen

Den besten und umfassendsten Zugang für deutsche Interessenten an den Programmen der Deutschen Welle liefert zweifellos immer noch DW-online; erreichbar unter der Internet-Adresse <http://www.dw-world.de/>. Auch technologisch gesehen ist die Deutsche Welle hier Trendsetter bzw. im Spitzenfeld der Anbieter. Audio- und Video podcasting spielen eine zunehmende Rolle. Inzwischen gibt es fast 40 deutschsprachige Angebote, unter denen kulturelle Themen eine Spitzenstel-

lung einnehmen. Zu nennen sind hier u.a. „euromaxx“ zum Thema Leben und Kultur in Europa, Bücherwelt und das Beethovenfest. Besonders interessant auch die Focus-podcasts für Afrika, Asien, Amerika Europa und Nahost. Gefolgt wird dieses Angebot vom wachsenden Livestream-Sektor. Alle Informationen und Programme findet man mühelos unter <http://www.dw-world.de>.

Heinrich Bleicher-Nagelsmann, Vorsitzender des Fachausschusses Medien ■

Kulturausschuss Deutscher Städte- und Gemeindebund

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, nimmt als Ständiger Gast an den Sitzungen des Kulturausschusses des Deutschen Städte- und Gemeindebundes teil. Im Jahr 2006 hat er an der Sitzung am 16.05.2006 teilgenommen. Da zu der Zeit die abschließenden Anhörungen des Deutschen Bundestags und des Bundesrats zur Föderalismusreform stattfanden, wurde die Position des Deutschen Kulturrates zu den befürchteten kultur- und bildungspolitischen Auswirkungen der Föderalismusreform dargestellt.

Ein weiteres wichtiges Thema war das Rundschreiben des Bundesfinanzministeriums, in dem vorgesehen war, die Abzugsfähigkeit von Mitgliedsbeiträgen zu Kulturfördervereinen abzuschaffen, wenn eine geldwerte Gegenleistung besteht. Die ablehnende Haltung des Deutschen Kulturrates zu dieser vorgesehenen Neuregelung wurde vorgestellt. Die Mitglieder des Kulturausschusses des Deutschen Städte- und Gemeindebundes bestätigten, dass die Fördervereine wesentliche Aufgaben bei der Unterstützung von Kultureinrichtungen übernehmen. In den letzten Jahren wurden vermehrte Anstrengungen unternommen, solche Fördervereine zu gründen, der Wegfall der Abzugsfähigkeit der Mitgliedsbeiträge wäre ein negatives Signal, zumal die Förderleistung generell über dem so genannten geldwerten Vorteil liegt.

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■